

Von der Milieupartei zur catch-all party

Ein Paradigmawechsel innerhalb der Schweizer Bundesratsparteien?

Seminararbeit vorgelegt von:

Patrick Emmenegger, 99-913-154

Hauptfach Politikwissenschaft, 6. Semester

Grünegg

6162 Entlebuch

Tel. 079 307 13 33

pemmenegger@student.unibe.ch

Philippe Rogger, 99-114-415

Hauptfach Geschichte, 6. Semester

Reichenbachstrasse 18

3004 Bern

Tel. 031 305 95 09

phiro@freesurf.ch

Eingereicht am 24. Juli 2003

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Vom Wandel der Parteien.....	5
3. Die catch-all party von Otto Kirchheimer.....	6
3.1 Der theoretische Hintergrund.....	7
3.2 Zum Bedeutungsverlust der Ideologie.....	9
3.3 Kirchheimers Determinanten: Die soziokulturellen und sozioökonomischen Spaltungen.....	12
4. Zur Bedeutung der lokalen Parteien im schweizerischen Parteiensystem.....	15
4.1 Die Rolle der Lokalparteien.....	16
5. Methodisches Vorgehen.....	18
6. Empirische Ergebnisse.....	19
6.1 H1: Die schweizerischen Bundesratsparteien konvergieren auf parteiideologischer Ebene.....	19
6.2 H2: Vier gesellschaftliche Spaltungen verlieren in der Schweizer Politik an Bedeutung.....	25
6.2.1 Deutsche vs. lateinische Schweiz.....	26
6.2.2 Katholische vs. nicht-katholische Schweiz.....	28
6.2.3 Land- vs. Stadt-/Agglomerationsgemeinden.....	28
6.2.4 Kapital vs. Arbeit.....	29
7. Diskussion und Schlussfolgerungen.....	31
8. Literaturverzeichnis.....	33

Tabellenverzeichnis

1. Positionierung der Lokalparteien auf den Links/Rechts-10er-Skalen.....	20
2. Haltung der Lokalparteien zu 17 spezifischen Issues.....	21
3. Superissuemittelwerte.....	23
4. Diskriminanzanalyse Ideologie.....	24
5. Haltung der gesellschaftlichen Gruppierungen zu den 17 spezifischen Issues.....	26
6. Superissuemittelwerte.....	27
7. Diskriminanzanalyse Spaltungen.....	28
8. Vergleich der beiden Operationalisierungen für die Spaltung Klasse.....	29

Graphikenverzeichnis

1. Prozentuale Zustimmung zur Aussage «Gemeindeangelegenheiten sind unpolitisch».....	16
2. Superissue Wirtschaft.....	23
3. Superissue Soziales.....	23
4. Superissue Ökologie.....	23
5. Heterogenität.....	25
6. Konfliktivität.....	25
7. Korrelationen aus der Diskriminanzfunktion mit den Issues.....	31

1. Einleitung

Im Zentrum dieser Arbeit steht der Wandel der Parteien in den westlichen Demokratien. Bereits in den 70er Jahren war der Begriff «Wandel» das Schlagwort der internationalen Parteienforschung (Nabholz 1998:21). Ausgangspunkt der Debatte waren die beobachteten strukturellen sowie kulturellen Veränderungen in der Gesellschaft und die damit verbundene Auflösung traditioneller Milieus in den letzten dreissig Jahren. Dies führte zur Herausbildung neuer Interessenkonstellationen. Als direkte Folge waren die Parteien gezwungen, sich mit dem Schwinden ihrer traditionellen Basis auseinander zu setzen und unter anderem ihre inhaltliche Position zu überdenken. Hinsichtlich dieser Entwicklung diagnostizierten diverse Autoren, aufgrund der Unfähigkeit der Parteien auf diese Veränderungen zu reagieren, den Niedergang der Parteien (Ladner/Brändle 2001:13-14). Der Begriff des Wandels erlaubte es hingegen, statt von einem Niedergang, von einem Funktions- und Bedeutungswandel zu sprechen und wurde nach Klaus von Beyme (2000:27) «*die geläufigste Antwort gegen das lose Gerede vom Niedergang der Parteien [...]»*.

Hinsichtlich dieses vermeintlichen Wandels Parteien trat Otto Kirchheimer (1905-1965) Mitte der sechziger Jahre mit einem wegweisenden Beitrag der vergleichenden Parteienforschung hervor. Kirchheimers (1965:27) Theorie zufolge wandelte sich die einstige Massen- und Mitgliederpartei, die in einer Zeit schärfster Klassenunterschiede und deutlich erkennbarer Konfessionsstrukturen entstanden war, zu einer Allerweltpartei (catch-all party oder auch Volkspartei¹). Diese Entwicklung war möglich, weil die traditionellen Spaltungen gemäss Kirchheimer mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit und dem gleichzeitigen Aufkommen einer neuen Mittelschicht zunehmend an Bedeutung verloren haben. Nicht nur für Deutschland und Österreich, also diejenigen Länder, auf die sich Kirchheimers Studie in erster Linie bezog, war die Frage nach der Allerweltpartei von Relevanz, sondern Kirchheimer zufolge in den meisten hochindustrialisierten Ländern (Kirchheimer 1965:27-28). Laut Kirchheimer sind diese Annahmen aufgrund der Kleinheit und Übersichtlichkeit des Landes nur bedingt auf die Schweiz anwendbar. Trotz einigen theoretischen Einschränkungen gibt es aber auch in der Schweiz Anzeichen für eine Angleichung der Parteien im Sinne Kirchheimers: So nannte sich die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) nach dem Beitritt der Demokraten der Kantone Glarus und Graubünden 1971 neu Schweizerische Volkspartei (SVP). Die Gründe für die Umbenennung dürften aber weniger im Hinzukommen der beiden Kantonalparteien ihre Ursache gefunden haben, als vielmehr in den strukturellen Veränderungen, sprich die Reduzierung der Anzahl Erwerbstätigen im ersten Sektor, die ein Grossteil des Elektorats der SVP ausmachen (Gruner 1976:304). Auch die Katholisch-Konservativen versuchten sich im selben Jahr, als

¹ Der Term «Volkspartei» ist eine vieldeutige Bezeichnung für den Typus einer politischen Partei. Obwohl augenfällige Parallelen zu dem von Otto Kirchheimer geprägten Begriff «Allerweltpartei» existieren, sind die beiden Parteytypen nicht identisch. So ist nach Schmidt (1995:1035) «*die Orientierung einer Volkspartei an der durch Tradition und Programm begründeten Identität grösser als im Fall einer reinen catch-all-party»*. Da in der politikwissen-

überkonfessionelle Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) neu zu erfinden (Senti 2003:13). Inwiefern tatsächlich programmatische Anpassungen stattfanden, wurde in der Schweizer Parteienforschung hinlänglich diskutiert. Obwohl, so Wolf Linder (1999:84-85), in Europa wie in der Schweiz in soziostruktureller Hinsicht die Milieuparteien verschwunden sind, bezeichnen Andreas Ladner und Michael Brändle (2001:323) den Versuch der Schweizer Parteien in den 70er Jahren, sich einen Anstrich von Volksparteien zu geben, als gescheitert. Seit Beginn der 90er Jahre stellt sich die Frage nach der Angleichung der Parteien jedoch erneut. Mit der programmatischen Kursänderung der SVP zürcherischer Prägung geriet das Gleichgewicht der vier grossen Regierungsparteien etwas ins Wanken und gab, u. a. Kirchheimers These, dass die Parteien ihre Stammwähler verlieren und sich zu professionalisierten Wählerorganisationen ohne feste Bindung in der Bevölkerung entwickeln, neuen Aufwind (Senti 2001:15). Aufgrund dieser Entwicklungen formulieren wir folgende Fragestellung:

Wandeln sich die Schweizer Bundesratsparteien von «Weltanschauungsparteien» zu Allerweltparteien, den so genannten catch-all parties in der Kirchheimer'schen Terminologie?

Dieser Wandel ist, sofern er tatsächlich stattfindet, für die Parteien in mehrfacher Hinsicht folgenreich und es existieren verschiedene Ansätze diesen Wandel zu messen. Indikatoren für die Volksparteienhypothesen sind nach von Beyme (2000:32) die Professionalisierung der Führung, die Zentralisierung der Machtstrukturen, die Professionalisierung der Parteien im Parlament, die pragmatische Haltung bei der Ämtermaximierung und der Bedeutungsverlust der Ideologie. Gemäss von Beyme müssten all diese Bedingungen erfüllt sein, um dem Kriterium der Allerweltpartei zu genügen. Die vorliegende Arbeit untersucht jedoch nur einen Teilaspekt der Allerwelthypothese und stellt den Bedeutungsverlust der ideologischen Komponente anhand der vier Bundesratsparteien ins Zentrum der Betrachtung.

Als erklärende Variable für diese Entwicklung führt Kirchheimer den Bedeutungsverlust sozioökonomischer und soziokultureller Spaltungen aufgrund einer sich nach 1945 formierenden neuen Mittelschicht an. Ob sich für die Schweiz in den 90er Jahren ein solcher Trend nachweisen lässt, ist Gegenstand der zweiten Hypothese.

In einem ersten Schritt wird der Stand der Parteienforschung kurz zusammengefasst. Danach gehen wir auf die catch-all-party-These von Otto Kirchheimer unter besonderer Berücksichtigung der ideologischen Komponente der Parteien ein und leiten Hypothesen für die anschliessende empirische Untersuchung ab. Bevor wir zur Darlegung der Operationalisierung schreiten, werden die Eigenarten des schweizerischen politischen Systems sowie die spezifische Rolle der Lokalparteien diskutiert. Den Abschluss bilden die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen und eine zusammenfassende Diskussion.

schaftlichen Literatur die Begriffe «Allerweltpartei» und «Volkspartei» meist nicht explizit unterschieden werden, werden wir auch im Folgenden nur, wenn es für das Verständnis wichtig ist, die beiden Begriffe differenzieren.

2. Vom Wandel der Parteien

Mit dem Wandel der westeuropäischen Parteien kam es in der internationalen Parteienforschung zu einer intensiv geführten Diskussion über den zeitlichen Verlauf und die Art und Weise dieses Wandels. Nicht zuletzt spielte auch die Frage nach der Typologie und insbesondere der Benennung der verschiedenen Parteientypen eine zentrale Rolle. Gemäss Richard S. Katz und Peter Mair (1990:5) besteht heute in der Literatur und in der international vergleichenden Perspektive ein breiter Konsens darüber, dass die Parteien im 20. Jahrhundert verschiedene Entwicklungsstadien durchlaufen haben. Frühere Versuche die Parteien nach der Organisationsform, den Parteizielen oder der Funktion der Partei als Verbindungsglied zwischen Staat und Gesellschaft einzuteilen, erwiesen sich grösstenteils als ungeeignet und wurden deshalb zu Gunsten mehrdimensionaler Verlaufstypen aufgegeben (von Beyme 2000:24-26). Diese Einteilung der Parteien in die unterschiedlichen Verlaufstypen erfolgt vorwiegend durch das sich wandelnde Kräfteverhältnis zwischen der Parteiführung, den Parteimitgliedern und den Wählern (von Beyme 2000:26-27). Nach Ladner/Brändle (2001:33) lassen sich folgende vier idealtypische Ausprägungsformen von politischen Parteien unterscheiden: (1) Kader oder Eliteparteien bis etwa 1920, (2) Massen- und Mitgliederparteien zwischen 1920 und 1960, (3) catch-all parties seit 1960 und (4) Kartellparteien seit 1970².

Die Annahme, dass sämtliche Parteien dieselbe Entwicklung durchlaufen haben, ist allerdings allzu vereinfachend. *«Die Grenzen der vier Epochen der Parteientwicklung sind fliessend. Jede Epoche umfasste immer auch Parteien, die vom vorherrschenden Modell abwichen»* (von Beyme 2000:38). Insbesondere ist es gemäss Ladner/Brändle (2001:323) alles andere als einfach, die Schweizer Parteien in den verschiedenen Verlaufstypen und ihrer historischen Abfolge wieder zu finden. Falsch wäre den beiden Autoren zufolge die Vorstellung, dass sich die Schweizer Parteien, nachdem sie zuerst als Eliteparteien organisiert waren, zu eigentlichen Massenmitgliederparteien entwickelt haben. Einer Massenmitgliederpartei am nächsten steht einzig die SP, während es den anderen nicht gelungen ist, das Mitgliederprinzip flächendeckend umzusetzen (Ladner/Brändle 2001:323). Anhand der Verlaufsschemen wird jedoch lediglich argumentiert, dass die verschiedenen Typen von Parteien in jeweils einer Epoche für den europäischen Kontinent typisch und innovativ gewesen sind (von Beyme 2000:27).

Für die Erklärung von Stabilität und Wandel der Parteien innerhalb von Parteiensystemen schliesslich, bieten sich zwei divergierende Thesen an: Für Stabilität spricht einerseits die Erkenntnis, dass die westlichen Parteiensysteme der Nachkriegszeit trotz markantem sozialem Wandel im Wesentlichen immer noch ein Abbild der zentralen historischen Konfliktlinien bilden. Dieses Ergebnis der Stabilität der Parteiensysteme wurde zumindest bis in die 70er Jahre von Richard Rose und Derek W. Urwin (1970:295) aufgrund ihrer vergleichenden Studie proklamiert. In ihrer Analyse der Resultate zu den Parlamentswahlen in 19

² Gemäss von Beyme (2000:34) ist der vierte Typ im Verlaufsmodell, die cartel party, weiterhin heftig umstritten.

westlichen Nationen in der Periode 1945 bis 1969 halten die beiden Autoren fest, dass sich die Wählerstärke der meisten Parteien Westeuropas seit dem zweiten Weltkrieg kaum verändert hat. Sie postulieren daher, dass sich die Wahlforschung darauf konzentrieren sollte, das Nichtvorhandensein eines Wandels in einer alles anderen als statischen Periode in der Geschichte zu erklären. Seit Anfang der siebziger Jahre scheint diese Ansicht der Stabilität jedoch der Vergangenheit anzugehören. So kam im Verlauf der sechziger Jahre von politökonomischer Seite der Einwand, dass diese Konfliktlinien, bedingt durch den sozioökonomischen und -kulturellen Wandel, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einem Erosionsprozess unterworfen seien (Senti 2003:13). Dieser neuen ökonomischen Sichtweise der Politik lag die Annahme zu Grunde, dass sich die Schärfe der alten Interessensgegensätze zwischen organisierten Klassen, zwischen konfessionellen Lagern, zwischen christlichen und laizistischen Sozialmilieus und zwischen Stadt und Land aufgrund einer rasanten ökonomischen Entwicklung gemildert habe. Die allgemeine Steigerung des Lebensstandards und die Abschwächung sozialer Ungleichheiten waren nicht zu übersehen. Ferner waren die Veränderungen im Parteiwettbewerb auffällig (Schmidt 1985:376-377). Zeichneten sich die Jahre zwischen 1920 und 1960 noch durch hohe Stammwähleranteile, stabiles, weitgehende berechenbares Wahlverhalten sowie intakte Organisations- und Kommunikationsstrukturen zwischen den Parteien und ihrer spezifischen Wählerklientel aus, so sorgten seit den sechziger Jahren tiefreichende Veränderungen am Wählermarkt für eine Kumulation komplexer Problemlagen. Der Zerfall affektiver Parteibindungen, der Relevanzverlust traditioneller Konfliktlinien und die daraus resultierende Verschärfung der Wettbewerbssituation für die politischen Parteien zählen mittlerweile zu den Standarddiagnosen der westeuropäischen Parteienforschung der neunziger Jahre (Mair 1999:7). Im Bezug auf das Bemühen um bestimmte Wählergruppen haben die politischen Parteien die Möglichkeit, sich im Spektrum zwischen einem *sektor- oder milieuspezifischen* Ansatz und einem *catch-all* Ansatz zu positionieren (Mair 1999:24). Inwiefern diese Standarddiagnose auch auf die Schweiz zutrifft, ist bezüglich der politischen Ideologie Gegenstand dieser Untersuchung.

3. Die catch-all party von Otto Kirchheimer

Bevor wir uns mit dem theoretischen Hintergrund der catch-all party beschäftigen, gilt es auf eine Einschränkung für die Schweiz, für die unser Interesse überwiegend gilt, hinzuweisen. Kirchheimer illustrierte seine Thesen insbesondere an Hand der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der österreichischen Republik in den 50er und frühen 60er Jahren. Er hatte vor allem die Annäherung der SPD an die – wahlpolitisch so überaus erfolgreiche – Politik der CDU/CSU sowie die grossen Koalitionen zwischen SPÖ und ÖVP beobachtet. Weiter konstatierte er diese Tendenz auch in den meisten anderen hochindustrialisierten Ländern (Kirchheimer 1965:27-28). Seine Allerweltparteien-These bezieht sich dabei ausschliesslich auf grössere Parteien in Westeuropa, insbesondere auf diejenigen, die aus wahlsoziologi-

schen Gründen hoffen können, ihre Konkurrentin als Regierungspartei abzulösen (Schmidt 1985:376-378). Diese Voraussetzung für die Entstehung von Allerweltparteien ist in der schweizerischen Konkordanzdemokratie (Zauberformel) nicht gegeben³. Dem ist zu entgegnen, dass (1) Wettbewerb zwischen Parteien in einer Konkordanzdemokratie ebenso wie in einem Konkurrenzsystem stattfindet⁴ und (2), wenn die Behauptung Kirchheimers zutrifft und es sich bei den catch-all parties um ein superiores Wettbewerbsinstrument handelt (Wolinetz 1990:219), sich catch-all parties auch in einer Konkordanzdemokratie durchsetzen müssten. Weiter argumentiert Kirchheimer mit der Grösse des Landes. In kleineren Demokratien *«scheint es leichter zu sein, die zwischenparteilichen Beziehungen auf der Grundlage eines fest umrissenen Wettbewerbs (wie z.B. in der Schweiz) zu stabilisieren als zur Form eines politischen Kampfes zwischen Allerweltparteien überzugehen, der mehr einem Würfelspiel gleicht»* (Kirchheimer 1965:30). Als Ausnahme benennt Kirchheimer Österreich. Warum gerade in Österreich trotz der kleinräumigen Verhältnisse und dem konsensualen politischen System der Typus der catch-all party auftaucht, wird von Kirchheimer nicht weiter begründet. Der Term *«scheint»* eingangs des Zitats lässt darauf schliessen, dass Kirchheimer für diese Beobachtung keine adäquate Erklärung zur Verfügung stellen kann. Ein weiteres Hindernis für das Entstehen von Allerweltparteien bilden starke konfessionelle und klassenstrukturelle Konfliktlinien (Schmidt 1985:378). Deren Bedeutungen sind jedoch auch Gegenstand dieser Untersuchung und werden im Kapitel 3.2. diskutiert.

3.1 Der theoretische Hintergrund

Währenddem Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1990:93-94) mit der Ausdehnung des Wahlrechts auf die gesamte Bevölkerung im ersten Viertel dieses 20. Jahrhunderts den Prozess der parteipolitischen Mobilisierung sozialer Gruppen als abgeschlossen und die diesem Prozess zu Grunde liegenden Konfliktgegnerschaften als eingefroren sahen, entwarf Otto Kirchheimer das Szenario eines fundamentalen Wandels im westeuropäischen Parteiensystem. Gemäss Kirchheimer wird das Parteiensystem nach 1945 tendenziell durch einen neuen Parteytypus bestimmt: Die vorher dominierende Mitglieder- oder Massenintegrationspartei, die in einer Zeit schärfster Klassenunterschiede und deutlich erkennbarer Konfessions-

³ Neben der starren Verteilung der Regierungsämter lässt sich weiter das Argument der Verhandlungslogik in den Raum führen. Eine Partei kann ihren Einfluss in einer breiten Koalitionsregierung auf zwei gegensätzliche Arten maximieren: Sie kann (1) versuchen ihre Wählerschaft zu vergrössern und so als Vertreterin einer einflussreicheren Gruppe auftreten oder (2) sich inhaltlich extremer positionieren und so versuchen, die Koalitionspartner zu grösseren Zugeständnissen zu zwingen, vgl. die 35 %-Debatte der SP (mündliche Äusserung von Prof. Andreas Ladner im Rahmen der Vorlesung *«Politische Ideen und ihre Träger»*, Universität Bern).

⁴ Ein Wettbewerb kann beispielsweise um die Anzahl Sitze im Bundesrat entstehen. Seit einigen Jahren wird aufgrund der anhaltenden Wahlerfolge der SVP von deren Seite die Forderung formuliert, die Verteilung der Bundesratssitze auf Kosten der weniger erfolgreichen CVP dem Wählerwillen anzupassen (Senti 2003:13).

strukturen entstanden war, formt sich zu einer Allerweltpartei um⁵. Dieser Allerweltpartei geht es laut Kirchheimer im Gegensatz zu den älteren Integrationsparteien nicht mehr um die milieuspezifische Massenintegration. Ihr vorrangiges Bestreben gilt der Maximierung von Wählerstimmen, über Klassengrenzen und Trennlinien zwischen sozialmoralischen Milieus hinweg, mittels pragmatischer und opportunistischer Politik (Kirchheimer 1965:27-36). Ziel und Streben dieser Allerweltparteien sind auf Stimmenerwerb, Machterwerb und Machterhalt ausgerichtet. Sie mobilisieren Stimmen in allen sozialmoralischen Milieus, stossen die Erblast der Ideologie ab und bringen Artikel auf den Markt, die sich von Konkurrenzangeboten nur durch bessere Verpackungen unterscheiden (Schmidt 1989:173). Die Parteien sind schliesslich nichts anderes als das Produkt der *«inherent logic of industrial society»* (Kirchheimer 1961:265, hier zitiert nach Schmidt 1989:174) und insbesondere *«ein Phänomen des politischen Wettbewerbs»* (Kirchheimer 1965:30), das den Parteien im Zuge des sozialen Wandels aufgezwungen oder zumindest nahegelegt wurde. Die Allerweltpartei operiert nach den Worten Kirchheimers wie eine Maschine, die kurzfristig entworfene pragmatische Alternativen anbietet und ansonsten, erfolgreichen Machtwettbewerb vorausgesetzt, die wohlfeile Verteilung öffentlicher Güter in Aussicht stellt (Kirchheimer 1965:36). Hier wird die Ähnlichkeit zum Downs'schen Modell der *«multipolicy party»* deutlich. Alf Mintzel spricht dabei gar von einer geistigen Vaterschaft⁶. *«Kirchheimers Artikel hinterlässt an vielen Stellen geradezu den Eindruck, als habe der Autor gewichtige Teilstücke des Zweiparteien-Konkurrenzmodells von Anthony Downs nur mit historischem Datenmaterial und Beispielen angereichert»* (Mintzel 1984:66). Auch für Manfred G. Schmidt (2000:219) führt das Downs'sche Modell im Extremfall zur Allerweltpartei. Tatsächlich sind Ausgangspunkt – die auf Stimmenmaximierung und auf Machterwerb ausgerichtete Partei (Schmidt 1986:173; Schmidt 2000:215-216) – sowie Konsequenz für den Fall eines Zweiparteiensystems – eine Entideologisierung der Parteien und deren Konvergenz gegen die politische Mitte (Ladner/Brändle 2001:22; Schmidt 2000:216) – beide Male identisch.

Ähnlich dem Modell von Downs resultiert aus dem Kirchheimer'schen Modell aufgrund des Bemühens um die Wählerschaft in der Mitte des politischen Spektrums ein Zweiparteiensystem nach US-amerikanischem Muster (Ladner/Brändle 2001:22; von Beyme 2000:68). Der Wettbewerb um Machtpositionen ersetzt schliesslich den Wettbewerb zwischen Kandidaten und Parteien, die für fundamental unterschiedliche Ziele eintreten (Schmidt 1989:173). Downs' Theorie geht jedoch weiter⁷. Sie sieht eine Unterscheidung zwischen Zwei- und Vielparteiensystemen vor. Für letztere gilt dabei die Konvergenz gegen

⁵ Kirchheimer geht von einer von der Politik unabhängigen Entwicklung aus und berücksichtigt die Wirkung der Parteien oder der Regierungspolitik auf die Virulenz der Spaltungen nicht. Linder (1999:40-45) schreibt hingegen dem verfassungsmässigen Schutz der vier Landessprachen, dem Föderalismus, der proportionalen Vertretung der Sprachgruppen sowie dem Fehlen von Parteien, die sich an sprachlichen oder ethnischen Grenzen orientieren, die Leistung zu, den Ausbruch eines Kulturkonflikts in der Schweiz verhindert zu haben. Vgl. auch Schmidt (1989:179).

⁶ So verweist Kirchheimer selbst auf die Arbeiten von Downs (1965:36).

den Median Voter nicht. Nach Schmidt (2000:216) formuliert Downs hierzu die Hypothese *«der Entideologisierung im Zweiparteiensystem und der Kontinuität von Ideologisierung in Vielparteiensystemen»*. Diese von Downs unternommene Unterscheidung ist insofern von Bedeutung, als dass die beiden Theorien – Downs (1957) und Kirchheimer (1965) – für die Schweiz unterschiedliche Prognosen formulieren. Ursachen des von Kirchheimer konstatierten Wandels sind die fortschreitende Säkularisierung sowie die Entstehung einer neuen Mittelschicht. *«Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer Gesellschaft, die sich in immer grösserem Umfange an säkularen Vorstellungen und Massenkonsumgütern orientiert, in der sich die Beziehungen zu den Klassen ändern und weniger scharf in Erscheinung treten, sind die früheren Massenparteien auf Klassen- oder Konfessionsbasis einem Druck ausgesetzt, der sie auf den Weg zur Allerweltpartei führt»* (Kirchheimer 1965:32). Neben der Milderung der religiösen Spannungslinie erkennt er eine weitere gesellschaftliche Nivellierungstendenz, die durch das Aufkommen des Massenkonsums und der Massenmedien hervorgebracht wird. Diese gesellschaftliche Angleichung führt nach Kirchheimers (1965:29) Theorie zu einer neuen Mittelschicht, die vorwiegend aus Angestellten und Beamten besteht. Die daraus resultierende soziale Sicherheit (u. a. auch durch den aufkommenden Wohlfahrtsstaat), mildert nach Kirchheimer nicht nur die Schärfe alter Interessensgegensätze, sondern auch die Gesinnung des politischen Publikums. Dieses orientiert sich nicht mehr an Ideologien, sondern am Output der Parteien: *«Das Emporkommen des am Konsumgüterverbrauch ausgerichteten Individuums markiert ... den Schrumpfungsprozess der ideologischen Parteien des 19. Jahrhunderts»* (Kirchheimer 1967, zitiert nach Schmidt 1985:378). Zusammengefasst bedeutet dieser soziale Wandel für die Parteien: (a) Den Niedergang der ideologischen Komponenten einer Partei und damit verbunden die absolute Vorrangigkeit kurzfristiger taktischer Überlegungen, (b) die Stärkung der Politiker an der Parteispitze, (c) die Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds, (d) die Abkehr von der *chasse gardée*, einer Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis, statt dessen Wahlpropaganda mit dem Ziel, die ganze Bevölkerung zu erfassen und (e) die Öffnung der Parteien zu einer grösseren Anzahl von Interessensgruppen (Kirchheimer 1965:32). Wie bereits in der Einleitung vermerkt, lässt sich dieser Wandel auf verschiedene Arten messen (von Beyme 2000:32). Im Folgenden beschränken wir uns jedoch auf die ideologische Komponente.

3.2 Zum Bedeutungsverlust der Ideologie

Im Unterschied zu der milieuorientierten Massen- und Mitgliederpartei bietet Kirchheimers Allerweltpartei keinen *«Schutz für eine gesellschaftliche Position»* (Kirchheimer 1965:36). Die Parteien opfern ihre tiefere ideologische Durchdringung für einen rascheren Wahlerfolg (Kirchheimer 1965:27). Der damit

⁷ Für eine Diskussion der Schwächen der ökonomischen Theorie der Demokratie von Downs siehe Schmidt (2000:221-226) oder Mintzel (1984:93-95).

verbundene Zuwachs von milieuübergreifenden Themen der Parteien wird einzig beschränkt durch die Tradition der Gesellschaftsstruktur⁸.

Hinsichtlich dieser Annahmen müsste gemäss Karl Dittrich (1983:258-259) folgende Entwicklung innerhalb eines Parteiensystems zu erwarten sein: Unterliegt die Ideologie in der westlichen Konsumgesellschaft tatsächlich einem Bedeutungsverlust, so ist der Effekt, neben einer Lockerung der Parteibindung, die bewusste Nichtakzentuierung ideologischer Komponenten der Parteien. Ist eine Partei mit dieser Strategie auf dem Wählermarkt erfolgreich, übernehmen auch andere Parteien diese Strategie. Verfolgen eine Mehrzahl von Parteien innerhalb desselben Parteiensystems eine catch-all-Strategie, spricht man von einem System der Volksparteien (von Beyme 2000:31-33). International vergleichende Studien haben die These des zunehmenden Bedeutungsverlustes der Ideologie hinlänglich untersucht. So wurde beispielsweise in den Benelux-Staaten der «catch-allism» erstmals empirisch getestet. Jedoch liess sich für die Entideologisierungsthese kein linearer Trend nachweisen. Die Parteien haben sich in den 70er Jahren vorübergehend sogar wieder reideologisiert (von Beyme 2000:31). Obwohl in einzelnen Policy-Positionen inhaltliche Annäherungen gemessen werden konnten, bleiben Differenzen der politischen Lager in der Konzeption von Programmen bestehen. In Dänemark und Irland konnte sogar eine wachsende programmatische Distanz beobachtet werden (von Beyme 2000:95). Auch in der Schweiz scheinen sich gemäss Ladner (2001:140) entgegen Kirchheimers Thesen vorerst keine Anzeichen für eine ideologische Annäherung der Bundesratsparteien zu finden: *«Switzerland still has a multi-party system and the differences between some of the parties have even increased.»* Insbesondere der Rechtsrutsch der Schweizerischen Volkspartei (SVP) seit Anfang der neunziger Jahre scheint Kirchheimers These zu widersprechen. Zudem attestieren neuere Studien der Sozialdemokratischen Partei (SP) eine Bewegung nach links (Ladner 2001:140-141; Longchamp et al. 1995:45). Eine Höherbewertung der programmatischen Identifikation findet gemäss Claude Longchamp et al. statt, weil Neueinbindungen vornehmlich dort eintreten, wo weltanschaulich, themen- und stimmungsmässig eindeutig sicht- und abgrenzbare Verhältnisse geschaffen worden sind. Diese Befunde zeigen also vorerst keine Anzeichen im schweizerischen Parteiensystem, die Kirchheimers Thesen stützen würden. Im Gegenteil: Es scheint sich zumindest für die SVP und die SP eher die These von Giovanni Sartori (1990) zu bestätigen, dass die Parteien dazu neigen, sich in die Richtung der Extreme zu polarisieren. Dieser Befund wird zusätzlich von Stephen B. Wolinetz (1990:219-220) gestützt, welcher zwischen 1945-1975 insgesamt 13 verschiedene westeuropäische Länder bezüglich deren Fragmentierung der Parteiensysteme untersuchte: *«Because catch-all parties are superior instruments of competition, they should win votes from parties which fail to adapt. As a result, party systems should become less fragmented.[...] If Kirchheimer's assertions were correct, then we should have discovered*

⁸ So werden beispielsweise konfessionelle Parteien sich nicht mit antiklerikalen Elementen zu profilieren versuchen, sondern mit solchen Themen hervortreten, die sich nicht an den klerikalen Bindungen der Partei stossen (Kirchhei-

decreased fragmentation in a number of party systems». Für die Schweiz ist dieser Befund insofern bedeutsam, da das schweizerische Parteiensystem nach wie vor im europäischen Vergleich eine sehr hohe Fragmentierung ausweist (Linder 1999:81).

Trotz dieser negativen Ergebnisse und der allgemeinen Reideologisierungstendenzen der 70er und 80er Jahre, lässt sich gemäss Schmidt (1989:176) einer verdünnten Kirchheimer These folgen. Nach seinen Erkenntnissen nähern sich die Parteien ideologisch zumindest phasen- und bereichsweise einander an und die ideologische Distanz zwischen Arbeiterparteien und nicht-sozialistischen Parteien ist nach 1945 tatsächlich geringer geworden. Die Arbeiterparteien bewegten sich in Fragen staatlicher Sicherheitspolitik, Militärpolitik⁹, Religion und Kirche, die nicht-sozialistischen Parteien dafür in Sachen Sozial- und Wirtschaftspolitik auf den politischen Gegner zu. Im Endergebnis verschiebt sich der Dreh- und Angelpunkt des Parteiensystems zum Zentrum (Schmidt 1989:175-176). Mit anderen Worten: In einigen westeuropäischen Ländern haben sich die grossen Parteien, gemessen an ihrer sozialen Basis, auf den Weg zu Allerweltpartei gemacht, jedoch blieben sie auf halbem Weg stehen. Die Christdemokratischen Parteien kommen gemäss Schmidt (1989:175) dem Allerweltparteien-Typus noch am nächsten. Es zeigt sich jedoch im internationalen Vergleich, dass dies weder für alle Parteiensysteme gilt, noch dass es ein Einheitskonzept für bestimmte Parteifamilien in Europa gibt (von Beyme 2000:33-34). Die ideologische Erblast der Parteien und ihre soziale Basis in der Wählerschaft haben sich entgegen der Allerweltparteien-These als äusserst gewichtig erwiesen (Schmidt 1985:388).

Was macht die These Kirchheimers für die Schweiz trotz dieser negativen Befunde interessant? An diesem Punkt gilt es auf eine Besonderheit des schweizerischen Systems hinzuweisen. Obschon das schweizerische Parteiensystem im Widerspruch zu den Thesen Kirchheimers vermehrt einen zentrifugalen Parteienwettbewerb aufweist¹⁰, muss berücksichtigt werden, dass alle vier Bundesratsparteien Minderheitsparteien sind und damit ein wesentliches Element der schweizerischen Demokratie beibehalten wird: die Konkordanz (Longchamp et al. 1995:45). Seit 1959 stellen die SP, die SVP, die Christdemokratische Partei (CVP) und die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) eine Koalitionsregierung. Dieses System der Konkordanzdemokratie manifestiert sich gemäss Hans Peter Hertig (1983:42) in einer kooperativen Konfliktregelung, die sich durch eine tiefe Konfliktsintensität auszeichnet. Gemäss von Beyme (2000:95) ist es jedoch genau die Kompromiss- oder Koalitionsfähigkeit von Parteien, welche eine ideologisch-programmatische Annäherung von Parteien signalisiert.

mer 1965 27-28).

⁹ So war auch die Aufnahme der SP in den Bundesrat mit einer Mässigung der Kapitalismuskritik und einer Aufgabe der Opposition der Sicherheitspolitik verbunden (Linder 1999:50-51).

¹⁰ Mündliche Äusserung von Prof. Andreas Ladner im Rahmen der Vorlesung «Politische Ideen und ihre Träger», Wintersemester 2002/03, Universität Bern.

Inwiefern sich diese Beobachtung von Beymes auch auf die Schweiz übertragen lässt, ist fragwürdig. Während in Konkurrenzdemokratien Koalitionen durch die Parteien freiwillig (nicht) eingegangen werden, besteht in der Schweiz ein institutioneller Zwang, Entscheidungen breit abzustützen (Linder 1999:240). Trotzdem: Die vom Parlament unabhängige Stellung des Bundesrats erlaubt es den Regierungsparteien, eine eigenständige Politik zu betreiben. Das führt nach Kurt Imhof (1996:168) zum *«irritierenden Effekt, dass etablierte politische Akteure, die an der Macht partizipieren gleichzeitig gegen eben diese Macht medienwirksam agieren»*. Denn aufgrund der institutionellen Annäherung der Parteien (Konkordanz) wird die Frage der Identität der Parteien akut. Laut von Beyme (2000:95) wird meist nicht hinreichend zwischen den Unterschieden in der effektiven Politik und den symbolisch gebliebenen Programmsignalen differenziert, auf die Parteien zur Selbstinszenierung ihrer historischen, nun aber schwach gewordenen, Identität nicht ganz verzichten. Wie Longchamp et al. (1995:44) für die Schweiz nachgewiesen haben, deuten auch internationale Befunde darauf hin, dass sich nicht wenige Wähler und insbesondere der wenig informierte Wähler, der für einen allfälligen Parteiwechsel verfügbar ist, sich am Image der Partei orientieren. Auch nach Linder (1999:71) erweisen sich die sozialpsychologischen Faktoren als die einflussreichsten. Das Image einer Partei wird nicht zuletzt von den Medien geformt. Somit wäre die ideologische Inszenierung laut von Beyme (2000:95) auch im Zeitalter der Allerweltparteien nötig, um die Differenzen wahrnehmbar zu halten (vgl. auch Linder 1999:271). Dies gilt insbesondere für das schweizerische Konkordanzsystem. Deswegen und aufgrund einer Untersuchung von Ruth Nabholz (1998:18-19), welche noch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine deutliche Abnahme der ideologischen Komponente der Parteipolitik feststellte, ist die These Kirchheimers für die Schweiz trotz gegenteiliger internationaler Befunde nach wie vor bedeutsam. In Anbetracht der erhobenen Trenddaten auf der Individualebene lässt sich nun überprüfen, ob sich die Bundesratsparteien tatsächlich auf der ideologischen Ebene divergieren oder ob sich z.B. der Rechtsrutsch der SVP aufgrund der Konkordanz nicht bloss als medial inszeniertes Spektakel entpuppt. Wir formulieren folglich in Anlehnung an Kirchheimer als erste Hypothese: *Die schweizerischen Bundesratsparteien konvergieren auf parteiideologischer Ebene.*

3.3 Kirchheimers Determinanten: Die soziokulturellen und sozioökonomischen Spaltungen

Untersucht man die Relevanz der Ideologie für ein Parteiensystem anhand Kirchheimers Thesen, so sind die soziokulturellen und sozioökonomischen Spannungslinien von zentraler Bedeutung. Die Milderung gesellschaftlicher Spaltungen bildet die unabdingbare Voraussetzung für die Entstehung der Allerweltpartei. Nur aufgrund dieser Milderung war der Wandel der Massenintegrationspartei, *«die in einer Zeit schärfster Klassenunterschiede und deutlich erkennbarer Konfessionsstrukturen entstanden war»* (Kirchheimer 1965:27), zu einer Allerweltpartei möglich. Der neue Wohlstand, die staatliche Sozialpolitik, die Säkularisierung und Herausbildung eines gehaltsabhängigen Mittelstandes mildern die Schärfe alter Inter-

essensgegensätze. Gemäss Kirchheimer wurde demzufolge der Wählermarkt nach 1945 flüssig, da die Wähler nicht mehr der Disziplin einer Integrationspartei oder festgefügtter sozialmoralischer Milieus unterstanden. Diese soziostrukturelle Analyse Kirchheimers *«ist jedoch fehlerhaft»* (Schmidt 1989:175). So gibt es gemäss Mair auf der international vergleichenden Ebene genügend Hinweise, dass jene Konflikte, die die traditionellen Spannungslinien in Westeuropa gezogen haben, nicht völlig ihre Relevanz verloren haben (1999:15-16). Trotz Annäherungstendenzen im Wählerverhalten und der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft bleiben markante soziostrukturelle Differenzen bestehen.

Wie verhält es sich nun in dieser Hinsicht mit der Schweiz? Neben den von Kirchheimer postulierten klassenstrukturellen und konfessionellen Spaltungen spielen in der Schweiz zwei weitere Spaltungen eine wichtige Rolle, die bereits zur Zeit Kirchheimer latent waren. Als sozioökonomische Spaltung gilt in der Schweiz neben dem Klassenkonflikt der Gegensatz zwischen ländlichen und städtischen Wohngebieten. Diese gesellschaftliche Spaltung drückt sich seit den 20er des vergangenen Jahrhunderts auch im Schweizer Parteiensystem aus und führte im Zuge der Industrialisierung in den reformierten Mittellandkantonen zu parteipolitischen Differenzen zwischen der Landbevölkerung und dem städtischen Bürgertum (Vatter 2002:158-159). Der Interessenkonflikt zwischen Stadt und Land führte 1920 zur Abspaltung der BGB (heute SVP) von der FDP und brachte damit eine neue konservative politische Partei hervor, die sich bis heute als eigenständige politische Kraft erhalten hat und mehrheitlich die Interessen der ländlichen Bevölkerung vertritt (Gruner 1968:150-158; Linder 1999:105). Dieser Konflikt schwelt nach wie vor und zeigt sich auch heute noch in einem eher konservativeren Abstimmungsverhalten ländlicher Gebiete. So fand die «Droleg-Initiative» vom 29. November 1998 in den Grossstädten Zustimmung von 40 Prozent, auf dem Land mit 23 Prozent noch gut die Hälfte. Auch der Ja-Anteil für die Volksinitiative «Ja zu Europa» vom 4. März 2001 betrug für grossstädtische Gebiete 38 Prozent, für mittelgrosse und Agglomerationsgemeinden 22 Prozent und für Landgemeinden noch 14 Prozent (VOX, diverse Jahrgänge).

Neben der konfessionellen Spaltung, die von Kirchheimer (1965:27) erwähnt wird und sich in der Schweiz im politischen Katholizismus ausdrückte, nennt Linder (1999:36; Vatter 2002:104) die sprachlichen Minderheiten als weitere soziokulturelle Spaltung. Obwohl die sprachlich-kulturelle Spaltung das politische Geschehen nie so stark wie die konfessionelle Spaltung während des Kulturkampfes prägte, blieb sie bis heute erhalten. Zahlreiche Publikationen dokumentieren über den «Röstigraben» hinaus die kulturellen Unterschiede zwischen Französisch- und Deutschsprachigen, das gegenseitige Auseinanderleben der Landesteile oder die wirtschaftliche Dominanz der Deutschschweiz über die Romandie. Diese Gegensätze sind keinesfalls immer und nur zum Teil politisch virulent (Linder 1999:40-47). Erich Gruner (1968:21) stellte jedoch bereits Ende der 60er Jahre auffallende Ähnlichkeiten und Abweichungen je nach Sachfragen fest. Auch in den Resultaten wichtiger Volksabstimmungen der neunziger Jahre zeigt sich ein zunehmender Dissens zwischen Romandie und Deutschschweiz (Linder 1999:40). Das augenfälligste

Beispiel ist hierfür die Abstimmung über den EWR-Vertrag vom 6. Dezember 1992, den die Romands mit 77 Prozent annahmen, die Deutschschweizer dagegen mit 54 Prozent Nein-Stimmen verwarfen. Aber auch die Abstimmung über das Sicherheitsgurtenobligatorium vom 30. November 1980 zeigte einen erstaunlichen Dissens: Die Deutschschweiz nahm die Vorlage mit 78 Prozent an, wohingegen die Westschweiz diese mit 78 Prozent Neinstimmen ebenso deutlich verwarf (VOX, diverse Jahrgänge).

Zusammenfassend kann man festhalten, dass folgende vier Konflikte in der Schweiz als sozioökonomische und soziokulturelle Spaltungen im Sinne der Kirchheimer'schen Theorie gelten können: Konfession und Sprache sowie Stadt/Land und Klasse.

Wie stark diese Konflikte im Bezug auf die politische Positionierung der Schweizer Parteien noch wirken, bildet den zweiten Gegenstand dieser Forschungsanlage. Die Untersuchung von Nabholz (1998:18-19) scheint die Annahme zu verstärken, dass diese vier Spaltungen im Bezug auf die politische Positionierung der Parteien an Bedeutung verloren haben. Laut Nabholz hat sich die Bindung des individuellen Wählers an eine Partei aufgrund der abnehmenden Bedeutung von Milieubindungen und Gruppenloyalitäten und eines Wertewandels in der Schweiz tatsächlich gelockert. Das in den letzten vierzig Jahren gewandelte Wahlverhalten ging in der Schweiz auf soziostruktureller Ebene mit einer kontinuierlichen Milderung historischer Konfliktlinien einher. Der Zusammenhang zwischen Parteibindung und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten soziokulturellen Gruppe oder sozioökonomischen Schicht ist in der Schweiz schwächer geworden (Linder 1999:85; Nabholz 1998:19; Vatter 2002:166). Dieser Ausgleich der verschiedenen sozioökonomischen und soziokulturellen Lager wurde gemäss Linder durch die integrative Wirkung der politischen Institutionen des Föderalismus, der proportionalen Machtteilung sowie durch das System der Konkordanz möglich und ist eine herausragende Leistung des schweizerischen Politiksystems (Linder 1999:23)¹¹. Dass sich die Parteien in erster Linie national konstituierten, erleichterte die Neutralisierung der historisch wichtigen Spaltungen des Landes wie Sprachkultur oder Religion (Linder 1999:84-85). Die Schweiz zeichnet sich durch einen politischen Ausgleich zwischen den traditionellen Milieus des Bürgertums, der Bauern, der Katholiken, der Arbeiterschaft oder den einzelnen Sprachgruppen aus. Als integrierende Kräfte nennt Leonhard Neidhart (1986:30-31) neben den institutionellen Bedingungen die kriegsverschonte Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft aber auch die kleinstaatlich bedingte Homogenität der politischen Wertvorstellungen und Grundwerte. Diese günstigen Bedingungen verhinderten schliesslich das Aufbrechen radikaler politischer Ideologien und wirkten als integrierende und stabilisierende Faktoren. Für Linder (1999:30-36) zählen weiter der aussenpolitische Druck und die Kultur gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit in der Kleingemeinschaft dazu. Dieser Befund wird auch in der ver-

¹¹ Dies zeigt sich beispielsweise dadurch, dass sich die Parteien der Schweiz im Gegensatz zu anderen multikulturellen Gesellschaften wie etwa in Belgien oder in Kanada weder an sprachlichen Gruppierungen und nur wenig an den konfessionellen Minderheiten orientieren. Es gibt keine sprachliche Partei der Romands und obwohl mit der CVP eine konfessionelle Partei existiert, war diese nie die Partei aller Katholiken.

gleichenden Untersuchung von Wolinetz gestützt, in welcher er über die Schweiz schreibt: «*As a result, politics has been less marred by the deep cleavages, scars, and recriminations that we find in France, Italy, or pre-war Germany*» (Wolinetz 1990:227).

Diese Befunde zeigen, dass die Entwicklungsthese Kirchheimers auch auf die Schweiz anwendbar ist. Deshalb formulieren wir folgende zweite Hypothese: *Vier gesellschaftliche Spaltungen verlieren in der Schweizer Politik an Bedeutung*. Auf die vier Spaltungen bezogen bedeutet das: (2.1) *Die Spaltung Deutschschweiz vs. lateinische Schweiz verliert in der Schweizer Politik an Bedeutung*, (2.2) *die Spaltung Katholiken vs. Nicht-Katholiken verliert in der Schweizer Politik an Bedeutung*, (2.3) *die Spaltung Landgemeinden vs. Stadt-/Agglomerationsgemeinden verliert in der Schweizer Politik an Bedeutung* und (2.4) *die Spaltung Kapital vs. Arbeit verliert in der Schweizer Politik an Bedeutung*.

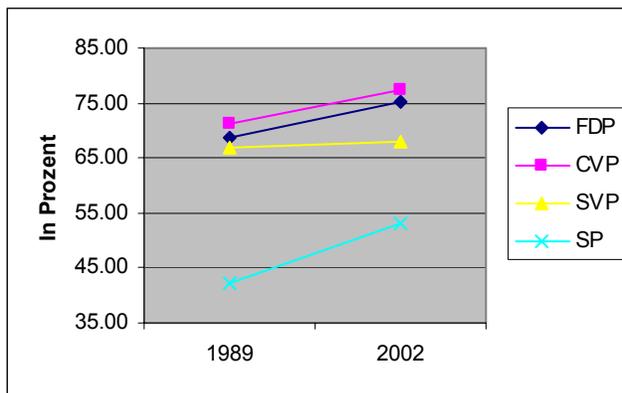
4. Zur Bedeutung der lokalen Parteien im schweizerischen Parteiensystem

Um die beiden Hypothesen an dem auf lokaler Ebene erhobenen Datensatz überprüfen zu können, bedarf es zunächst einer Klärung über die Besonderheiten des schweizerischen Parteiensystems. Neben der bereits erwähnten Fragmentierung und Stabilität des schweizerischen Parteiensystems (Ladner 1999:216), gilt es insbesondere die föderalistische Struktur hervorzuheben (Gruner 1968:29). In den 26 Kantonen existieren gemäss Ladner (1999:216-224) über 180 kantonale Parteien. Diese zeichnen sich durch eine relativ grosse Unabhängigkeit von der Bundespartei aus. Dieser Umstand führt deshalb nicht selten zu Abstimmungsparolen, die von der Bundespartei abweichen. Nach Ansicht von Ulrich Klöti und Linder ist die Einheit der schweizerischen Parteien jedoch weniger prekär, als gemeinhin vermutet wird. «*Die Parteien verfügen über eine in nationalen Fragen recht geschlossene Wählerschaft, die sich hinsichtlich ihrer politischen Grundorientierung wenig unterscheidet*» (Klöti/Linder 1998:300). Auf der Gemeindeebene bestehen zudem gegen 6000 lokale Parteiorganisationen. Rund 70 Prozent sind Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien. Bei den überlokal organisierten Parteien gilt, analog zum Verhältnis zwischen der kantonalen und nationalen Partei, dass die Beziehungen zur Kantonalpartei nicht allzu eng sind. Grund für diese grosse Fragmentierung und Segmentierung des Schweizer Parteiensystems sind strukturelle und kulturelle Charakteristiken des Landes sowie Eigenheiten des politischen Systems. Zu nennen sind dafür etwa (1) die grosse soziale und kulturelle Heterogenität, (2) die starke staatliche Dezentralisierung, (3) das Proporzwahlverfahren und (4) das System der direkten Demokratie. Insbesondere vor dem Hintergrund der Vielzahl der Parteien sind die ausgesprochen stabilen Wählerstimmen- und Sitzanteile der einzelnen Parteien erstaunlich. Verantwortlich hierfür ist die bereits erwähnte Konkordanz, welche mit ihrer seit 1959 existierenden Zauberformel nicht nur den grossen Parteien auf Bundesebene eine kontinuierliche Regierungsbeteiligung sichert, sondern auch in zahlreichen Kantonen und Gemeinden zu verschiedenen Zauberformeln geführt hat (Ladner 1999:216-224).

4.1 Die Rolle der Lokalparteien

Die meisten Parteien verfügen über vereinsmässige Organisationen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene, die sich vor allem mit den Aufgaben der jeweiligen Staatsebene beschäftigen (Linder 1999:88-89). Spricht man von ideologischer Positionierung oder der Bedeutung gesellschaftlicher Spaltungen, so stellt sich die Frage, inwiefern dies für die Gemeindepolitik überhaupt von Relevanz ist. Besteht Gemeindepolitik nicht viel mehr aus reiner Sachpolitik, wo Entscheidungen pragmatisch getroffen werden? Die Frage, inwieweit öffentliche Angelegenheiten auf Gemeindeebene einen politischen Charakter besitzen, ist gemäss Roland Schaller (1994:121) selbst bei der politischen Elite umstritten. Die Daten zeigen, dass Gemeindeangelegenheiten heute als weniger politisch aufgefasst werden als früher. Interessant ist dabei die Beobachtung, dass sich die SP den bürgerlichen Parteien anpasst¹².

Graphik 1: Prozentuale Zustimmung zur Aussage «Gemeindeangelegenheiten sind unpolitisch»



Was die Bedeutung der Lokalparteien anbelangt, hält Hans Geser (1994:9) fest, dass es sich bei Lokalparteien um Vereinigungen handelt, die für die überlokalen Parteien eine ungewöhnlich grosse Bedeutung haben. Die Funktionen der politischen Parteien auf kommunaler Ebene unterscheiden sich dabei nicht grundsätzlich von denjenigen auf höherer politischer Ebene (Ladner 1991:112). Auch bei Lokalparteien handelt

es sich um Vereinigungen mit eindeutig politischen Zielsetzungen, die bestrebt sind an Einfluss zu gewinnen (Geser 1994:9). Innerhalb des mehrstufigen Parteaufbaus bilden die Kommunalparteien die Basis der Partei, d.h. sie regeln u. a. die Parteimitgliedschaft, erheben Mitgliederbeiträge, rekrutieren das Parteikader und unterstützen die überlokale Partei in ihren Wahl- und Abstimmungskämpfen, vermitteln gegenüber der Mutterpartei den Willen der Parteibasis und über ihre Delegierten sind sie bis zu einem gewissen Grad an der parteilichen Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt. Aus der Einbindung in die überlokale Parteiorganisation können den Ortsparteien allerdings auch gewisse Nachteile erwachsen. Die Politik der übergeordneten Partei erweist sich dann als eine Hypothek, wenn die von ihr verfolgten Ziele quer zu den gemeindespezifischen Interessen der Ortssektion zu liegen kommen. Obwohl die Lokalsektionen autonom und zu keiner absoluten Linientreue verpflichtet sind, gehen sie potentiellen Konflikten meist aus dem Weg (Ladner 1991:112-114).

¹² Genauere Angaben zum Ursprung der Daten und der Operationalisierung sind im Kapitel 5 zu finden.

Welche Rolle spielt nun die politische Positionierung bzw. die Ideologie auf Gemeindeebene? Sicher sind die kommunalen Vorlagen im Allgemeinen konkreter als solche auf kantonaler und nationaler Ebene, bei denen es teilweise darum geht, generelle Richtlinien festzulegen (Ladner 1991:213). Gemäss Geser (1994:16) stehen aber auch hinter vielen Sachentscheidungen auf kommunaler Ebene gesellschaftstheoretische Überlegungen. Während noch vor 30 Jahren die Schwerpunkte kommunaler Tätigkeiten sich in politisch wenig umstrittenen Grundversorgungsbereichen wie Wasser, Abwasser, Primarschulen etc. befanden, haben sie sich seither auf weniger konsensuale Bereiche hin verlagert. Die Herausbildung des Leistungs- und Interventionsstaates seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges führte zunehmend zu einer Politikverflechtung der verschiedenen Ebenen. So finden wir in der Schweiz Formen sachlicher wie funktionaler Aufgabenteilung, die geprägt sind von einer hohen Autonomiebehauptung der dezentralen Ebene (Linder 1999:159)¹³. Diese wachsende Differenzierung und Komplexität der Gesamtgesellschaft bedeutet für die Gemeinden eine zunehmende Vergrösserung autonomer Entscheidungsspielräume politisch umstrittener Fragen (Geser 1994:16). Insbesondere die Festlegung des Steuerfusses kann nicht von politischen Überlegungen zu Solidarität und Gerechtigkeit losgelöst werden. Wäre Lokalpolitik wirklich so politikfrei wie dies behauptet wird, so müsste gemäss Ladner (1991:213-214) erklärt werden können, weshalb so viele politische Parteien in der Lokalpolitik aktiv sind. Auch wenn geltend gemacht wird, dass die politischen Parteien des öfteren lediglich Gefässe für die Wahrnehmung persönlicher Interessen bilden oder aus einer Auseinandersetzung zu einer konkreten Frage entstanden sind, und die Mitgliedschaft eher auf Zufall oder Bekanntschaft und nicht direkt auf weltanschaulichen Standpunkten beruht, so sind es doch immer wieder Sektionen derselben Parteien, die eine wichtige Rolle spielen. Auch das Argument, dass Parteien lediglich ein brauchbares Gefäss zur Teilnahme an lokalpolitischen Entscheidungen anbieten würden und es zudem leichter fällt, einer Parteisektion beizutreten oder eine Parteisektion ins Leben zu rufen, als einen eigenständige neue politische Gruppierung zu gründen, ist gemäss Ladner kein hinreichendes Argument. Mit dem Beitritt in eine Parteisektion kommt ausserdem die Sympathie für die politischen Werte Partei zum Ausdruck. *«Eine schlichte Reduktion lokaler Politik auf den Begriff 'Sachpolitik' vermag ihren wahren Gehalt nicht zu erfassen. [...] Die Lokalpolitik beschränkt sich innerhalb der politischen Arbeitsteilung auf kommunale Fragen, hinter denen, auch wenn dies nicht auf den ersten Blick nicht immer so erscheint, gesellschaftspolitische Konflikte stecken»* (Ladner 1991:214).

¹³ Beispielsweise sind die Gemeinden als Ergänzung zur AHV und den kantonalen Ergänzungsleistungen für die Ausrichtung der Sozialhilfe verantwortlich.

5. Methodisches Vorgehen

Datenbasis der vorliegenden Untersuchungen bilden zwei Datenerhebungen des Soziologischen Instituts der Universität Zürich im Herbst 1989 und im Herbst 2002. Dabei wurde jeweils allen Präsidentinnen und Präsidenten der ca. 5000 Lokalparteien in allen Schweizer Gemeinden ein praktisch identischer Fragebogen über Struktur, Basis, Aktivitäten, Ideologie und Prozesse der betreffenden Partei zugesandt. Die Rücklaufquote belief sich bei beiden Erhebungen jeweils auf rund 50 Prozent (Geser 2003).

Diese Datenlage bietet verschiedene Möglichkeiten: So kann sowohl eine Panel- als auch eine Trendanalyse, um einen allfälligen Wandel zu konstatieren, durchgeführt werden (Diekmann 2000:267-274). Die Forschungsanlage dieser Arbeit basiert auf Trenddaten. Die Gründe hierfür liegen einerseits in der grösseren Fallzahl und andererseits in der mangelhaften Präsenz der SVP-Lokalsektionen im 89er Sample. So gehören 1989 nur 14 Prozent der Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien zur SVP. Im 02er Sample erhöht sich dieser Anteil auf 21 Prozent. Dies stützt die Annahme, dass erst anfangs der neunziger Jahre zahlreiche SVP-Lokalsektionen gegründet wurden. Diese würden in einer Panelanalyse jedoch unberücksichtigt bleiben. Eine weitere Schwäche, die v. a. die Panelanalyse betrifft, liegt in der befragten Person. Es gibt Grund zur Annahme, dass das Amt des/der Präsidenten/in der Lokalpartei 2002 nicht mehr mit der gleichen Person besetzt ist wie 1989. Probleme bereitet die Person der/des Präsident/in aber auch hinsichtlich der Trendanalyse, denn die Antworten geben bis zu einem gewissen Grad die subjektive Haltung der befragten Person wieder und nicht nur die effektive Haltung der Lokalpartei.

Eine Einschränkung erfolgt aufgrund der exklusiven Berücksichtigung der Bundesratsparteien. Dies ist einerseits durch die Fallzahlen der einzelnen Parteien bedingt, andererseits durch das spezifische politische System der Schweiz, das zu einer Vielzahl von Parteien führt. Unter diesen Umständen wäre eine Untersuchung der Hypothesen Kirchheimers von Anfang zum Scheitern verurteilt, denn das schweizerische politische System ermöglicht auch kleinen, politisch extremen Parteien ein Überleben. Trotzdem ist ihr Einfluss nur gering, da Politik in der Schweiz vor allem von denjenigen vier Parteien gemacht wird, die seit über 40 Jahren zusammen eine Regierungskoalition bilden und rund 80 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können¹⁴.

Um die politische Positionierung der Lokalparteien festzustellen, werden zwei verschiedene Ansätze verwendet (kursiv die Formulierung im Fragebogen): (1) die jeweilige Einschätzung der Lokalpartei, der kantonalen und der nationalen Partei auf der Links/Rechts-10er Skala

Die politische Einstellung wird häufig auf einer Links-rechts-Skala dargestellt. Ganz allgemein: Wo würden Sie Ihre Ortspartei¹⁵ auf dieser Skala einordnen?

¹⁴ Vgl. hierzu auch das Skript zur Vorlesung «Politische Ideen und ihre Träger» von Andreas Ladner, Wintersemester 2002/03, Seite 26.

¹⁵ Gleiche Fragestellung auch für die *Kantonalpartei* und die *Partei auf Bundesebene* (anstelle von *Ortspartei*).

und (2) die Haltung der Lokalpartei zu 17 spezifischen Issues (mit den Ausprägungen «Mehrheit zustimmend», «Meinungen geteilt», «Mehrheit ablehnend» und «Weiss nicht»):

Verschiedene politische Parteien unterscheiden sich danach, wie sie zu zentralen politischen Fragen unserer Zeit Stellung beziehen. Können Sie uns sagen, ob die aktiven Mitglieder Ihrer Ortspartei den folgenden politischen Positionen mehrheitlich zustimmend oder ablehnend gegenüberstehen:

bzw.

Ortsparteien unterscheiden sich auch danach, welchen Zielen der Gemeindepolitik sie befürwortend oder ablehnend gegenüberstehen. Bitte sagen Sie uns, ob die folgenden Ziele bei den aktiven Mitgliedern Ihrer Ortspartei mehrheitlich auf Zustimmung oder Ablehnung stossen:

Für die Operationalisierung der vier berücksichtigten gesellschaftlichen Spaltungen werden ebenfalls die Lokalparteien verwendet. Für die Hypothese 2.1 (Sprache) werden alle Lokalparteien (d. h. nicht nur diejenigen der vier Bundesratsparteien) der lateinischen und der deutschen Schweiz in zwei Gruppen zusammengefasst. Dabei umfasst die Gruppe der lateinischen Schweiz rund 24 Prozent der Beobachtungen. Bei der Hypothese 2.2 (Konfession) wird zwischen drei Gruppen unterschieden: (1) bis 35 Prozent Katholiken in der betreffenden Gemeinde (rund 40 Prozent der Beobachtungen), (2) zwischen 35 und 65 Prozent Katholiken (rund 26 Prozent) und (3) über 65 Prozent Katholiken (rund 34 Prozent). Hypothese 2.3 (Urbanität) stellt die Landgemeinden (rund 53 Prozent der Beobachtungen) den Stadt- und Agglomerationsgemeinden gegenüber. Für die Hypothese 2.4 (Klasse) wird ein doppeltes Vorgehen gewählt: Einerseits werden die gesellschaftlichen Gruppen anhand des Anteils Arbeiterinnen und Arbeiter bei den Aktiven einer Lokalpartei, andererseits mit Hilfe des Issues «Dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer mehr Einfluss erhalten» approximiert. Bei der Operationalisierung mit Hilfe des Anteils Arbeiter/innen wird zwischen Lokalparteien unterschieden, bei denen die Arbeiterschaft weniger (mehr) als 15 Prozent der Aktiven bildet. 1989 machte dies rund 79 Prozent (21 Prozent), 2002 rund 89 Prozent (11 Prozent) aus. Die Operationalisierung mit Hilfe des Issues «Dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer mehr Einfluss erhalten» führt jeweils zu Gruppen von rund 41 Prozent («Mehrheit zustimmend»), rund 41 Prozent («Meinungen geteilt») und rund 18 Prozent («Mehrheit ablehnend»).

6. Empirische Ergebnisse

6.1 H1: Die schweizerischen Bundesratsparteien konvergieren auf parteiideologischer Ebene

Die Lokalparteien der vier schweizerischen Bundesratsparteien positionieren sich auf der Links/Rechts-10er-Skala sowohl 1989 als auch 2002 entsprechend den Erwartungen. Im Jahr 1989 befand sich die SP mit einem Wert von 3.3 auf lokaler Ebene am linken Pol. Über den beobachteten Zeitraum hinweg vollzog sie eine Bewegung gegen links und positioniert sich 2002 auf dem Punkt 3.1. Eine analoge Veränderung

kann auch am rechten Pol beobachtet werden. Hier bewegte sich die SVP von 7.0 auf 7.1 im Jahr 2002. Die beiden anderen bürgerlichen Parteien, die CVP und die FDP, nähern sich dem politischen Zentrum, sind aber weiterhin der SVP deutlich näher als der SP. Gleiches kann auch für die Einstufung der kantonalen und nationalen Parteien beobachtet werden¹⁶.

Tabelle 1: Positionierung der Lokalparteien auf den Links/Rechts-10er-Skalen

		1989	2002	Differenz			Alle Parteien	Nur Bürgerliche
							max. Distanz	max. Distanz
Li/Re Lokal	<i>FDP</i>	6.884	6.757	-0.127	1989	3.683	0.647	
	<i>CVP</i>	6.338	6.066	-0.272		4.097	1.083	
	<i>SVP</i>	6.986	7.149	0.164	Polarisierung		Polarisierung	
	<i>SP</i>	3.303	3.052	-0.251	max. Distanz		max. Distanz	
Li/Re Kantonal	<i>FDP</i>	7.175	6.816	-0.359	1989	4.128	0.817	
	<i>CVP</i>	6.477	5.993	-0.484		4.721	1.483	
	<i>SVP</i>	7.294	7.477	0.183	Polarisierung		Polarisierung	
	<i>SP</i>	3.166	2.756	-0.410	max. Distanz		max. Distanz	
Li/Re National	<i>FDP</i>	7.506	6.800	-0.706	1989	4.280	1.099	
	<i>CVP</i>	6.407	5.863	-0.543		5.062	2.079	
	<i>SVP</i>	7.209	7.943	0.734	Polarisierung		Polarisierung	
	<i>SP</i>	3.226	2.881	-0.345	max. Distanz		max. Distanz	

Bemerkung: Rote Flächen signalisieren eine Polarisierung; grüne eine Entpolarisierung (gilt für alle Tabellen).

Betrachtet man nun die maximale Distanz zwischen dem linken und rechten Pol des politischen Spektrums der Bundesratsparteien, so kann man auf allen drei politischen Ebenen eine Zunahme feststellen. Dies ist bedingt durch den Linksrutsch der SP, die sich vom bürgerlichen Lager entfernt hat. Doch auch innerhalb des bürgerlichen Lagers können Divergenzerscheinungen beobachtet werden. So bewegt sich hier die SVP gegen rechts, während die beiden anderen bürgerlichen Parteien, FDP und CVP (etwas stärker), zur Mitte tendieren¹⁷. Auf den Links/Rechts-Skalen können folglich – entgegen den Kirchheimer'schen Vorstellungen – nur Polarisierungen beobachtet werden.

Eine alternative Möglichkeit zur Messung der politischen Positionierung bilden die Haltungen der Lokalparteien zu 17 spezifischen Issues. Wenn man alle vier Bundesratsparteien berücksichtigt, zeigt sich ein klares Bild. Bei 14 von 17 Issues zeigt sich eine Polarisierung zwischen den Parteien. Bei den drei Fällen einer Entpolarisierung handelt es sich um Wirtschaftsfragen. Hier ist es jeweils die SP, die sich den drei bürgerlichen Bundesratsparteien annähert, obwohl diese sich 2002 ebenfalls wirtschaftsfreundlicher gebärden. Bei den 14 Fällen einer Polarisierung sind es in der Regel die SP und die SVP, die sich in ihren – gegensätzlichen – Haltungen verstärken. So sind es 1989 neun Fälle, in denen sich die SP der FDP als Hauptkontrahentin gegenüber sieht. In den übrigen acht Fällen ist dies die SVP. 2002 kippt dieses Ver-

¹⁶ Mit einer Ausnahme: Die nationale FDP wurde 1989 rechts von der SVP eingestuft.

¹⁷ Die nationale FDP vollzog eine stärkere Bewegung gegen die Mitte als die nationale CVP. Diese Beobachtung kann damit erklärt werden, dass die nationale FDP relativ zu den beiden anderen politischen Ebenen 1989 sehr stark rechts eingestuft wurde.

Tabelle 2: Haltung der Lokalparteien zu 17 spezifischen Issues

Nr.	Issue	Alle vier Bundesratsparteien		Die bürgerlichen BR-Parteien		Anzahl Zunahmen «Meinungen geteilt»			
		Pol.-Index	Wertung	Pol.-Index	Wertung	FDP	CVP	SVP	SP
1	Förderung des Finanzplatzes	-3.995	Entpolarisierung	-7.100	Entpolarisierung				x
2	Arbeitnehmereinfluss steigern	2.063	Polarisierung	-0.327	Entpolarisierung		x		
3	Verringerung der Steuerbelastung	18.212	Polarisierung	-5.593	Entpolarisierung				
4	Ausbau des Mieterschutzes	2.326	Polarisierung	-12.05	Entpolarisierung		x		x
5	Umweltverträglichkeit von Entscheidungen	17.869	Polarisierung	4.327	Polarisierung	x	x	x	x
6	Umweltschutz nicht auf Kosten der Wirtschaft	-4.504	Entpolarisierung	-5.766	Entpolarisierung				
7	Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie	7.795	Polarisierung	5.965	Polarisierung	x			
8	Gleichstellung von Mann und Frau durchsetzen	7.572	Polarisierung	6.742	Polarisierung			x	
9	Dafür sorgen, dass der Staat nicht noch mehr reglementiert	11.142	Polarisierung	-4.158	Entpolarisierung	x			
10	Gemeindesteuerfuss niedrig halten	8.800	Polarisierung	-0.389	Entpolarisierung				
11	Schutz des Landschaftsbildes durch strenge Bauvorschriften	10.256	Polarisierung	3.895	Polarisierung		x		x
12	Mehr tun für Asylanten	20.092	Polarisierung	-3.381	Entpolarisierung				
13	Mehr öffentliche Unterstützung für Kultur	18.683	Polarisierung	10.357	Polarisierung	x	x		
14	Mehr öffentliche Unterstützung für Soziales	17.627	Polarisierung	3.112	Polarisierung		x		x
15	Verkehrsberuhigung in den Quartieren	19.401	Polarisierung	12.499	Polarisierung		x		
16	Mehr Unterstützung für den öffentlichen Verkehr	15.974	Polarisierung	10.405	Polarisierung	x	x	x	x
17	Förderung des Wirtschaftswachstums der Gemeinde	-11.070	Entpolarisierung	-8.708	Entpolarisierung				
Mittelwert:		9.308		0.578		5	8	3	6

Bemerkung: Der **Polarisierungsindex** wird folgendermassen gebildet: In einem ersten Schritt wird der relative Anteil der Lokalparteien einer Bundesratspartei, die einem Issue mehrheitlich zustimmen, ablehnen oder geteilter Meinung sind, gebildet. Anschliessend werden die Differenzen zwischen der höchsten und der tiefsten so bestimmten Zustimmungsrates bzw. Ablehnungsrates sowohl 1989 als auch 2002 gebildet. Diese vier Werte werden in einem letzten Schritt in Beziehung gesetzt: Die Zustimmungsratedifferenz 1989 wird von der Zustimmungsratedifferenz 2002 subtrahiert. Analoges geschieht mit der Ablehnungsratedifferenz. Diese beiden Werte werden anschliessend addiert und durch zwei dividiert.

Ein positiver Wert für den Polarisierungsindex bedeutet, dass die sich die Extreme zwischen den Zustimmung- bzw. Ablehnungsrates weiter voneinander wegbewegt haben. Ein negativer Wert für den Polarisierungsindex kann hingegen als eine Entpolarisierung gedeutet werden.

Die letzte Spalte der Tabelle (**Anzahl Zunahmen «Meinungen geteilt»**) bezieht sich auf den relativen Anteil der Lokalparteien einer Bundesratspartei, die zu einem Issue keine klare Meinung haben. Hier werden diejenigen Issues mit einem «x» gekennzeichnet, bei denen dieser relative Anteil zunimmt.

hältnis. Nur noch in sechs Fällen ist die FDP Führerin im bürgerlichen Lager, währenddessen die SVP elfmal diese Aufgabe übernimmt.

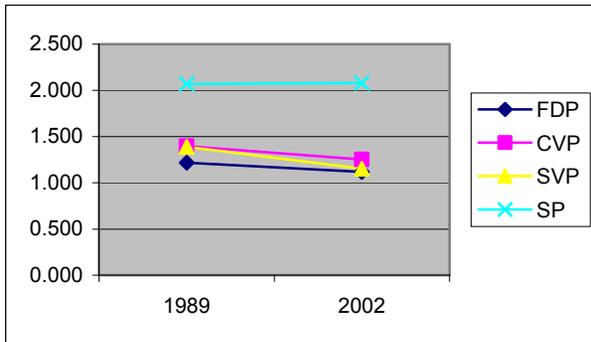
Betrachtet man nur die bürgerlichen Parteien, zeigt sich ein ambivalentes Bild. Bei neun Issues lässt sich eine Entpolarisierung beobachten, bei acht Issues eine Polarisierung. Im Gegensatz zu den Links/Rechts-Skalen kann hier keine eindeutige Schlussfolgerung in Richtung Polarisierung gezogen werden. Jedoch zeigt sich, dass die CVP diejenige bürgerliche Vertreterin ist, die der SP inhaltlich am nächsten steht.

Gemäss Kirchheimers Thesen wäre – neben einer inhaltlichen Annäherung der Positionen – eine Vergrößerung der Anzahl derjenigen Lokalparteien zu erwarten, die zu den einzelnen Issues keine klare Haltung einnehmen können. Aber auch hier erhält seine Theorie keinen Sukkurs. Das Spektrum bewegt sich zwischen 3 (SVP) und 8 (CVP) Fällen und bleibt damit bei allen vier Parteien unter der 50-Prozent-Marke.

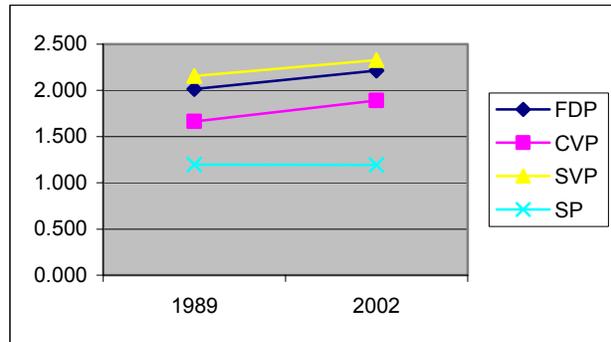
Der Fragebogen aus dem Jahr 2002 berücksichtigt neben diesen 17 Issues 16 weitere Issues, die im 89er Fragebogen keine Erwähnung fanden. Diese aktuelleren Sachfragen weisen eine durchschnittliche Differenz zwischen der höchsten und der tiefsten Zustimmungsrates von 58.6 Prozentpunkten auf. Das ist deutlich höher als bei den 17 «alten» Issues im Jahr 1989 (51.5 Prozentpunkte), jedoch tiefer als bei den 17 «alten» Issues im Jahr 2002 (60.7 Prozentpunkte), dem gleichen Jahr wie die 16 «neuen» Issues. Folglich scheinen die 17 «alten» Issues nicht an Aktualität verloren zu haben.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit, wurden die Issues in Anlehnung an Schaller (1994:124-135) in drei Themenbereiche eingeteilt. Aus den fünf Issues «Dafür sorgen, dass der Staat nicht immer mehr reglementiert», «Verringerung der Steuerbelastung», «Förderung des Wirtschaftswachstums der Gemeinde», «Förderung des Finanzplatzes» und «Den Gemeindesteuerfuss möglichst niedrig halten» wurde das Superissue «Ökonomie» gebildet, aus den fünf Issues «Dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer mehr Einfluss erhalten», «Ausbau des Mieterschutzes», «Mehr öffentliche Unterstützung für soziale Dienstleistungen», «Gleichstellung von Mann und Frau durchsetzen» und «Mehr tun für Flüchtlinge und Asylsuchende» das Superissue «Soziales» und aus den vier Issues «Bei allen wichtigen Entscheidungen muss geprüft werden, ob sie verträglich für die Umwelt sind», «Förderung des öffentlichen Verkehrs», «Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie» und «Dafür sorgen, dass der Umweltschutz nicht auf Kosten der Wirtschaftsentwicklung betrieben wird» (negativ kodiert!) das Superissue «Ökologie». Dabei bedeutet ein tiefer Wert, dass sich die Lokalpartei wirtschaftsfreundlich, sozial bzw. ökologisch positioniert. Beim Superissue Wirtschaft zeigt sich eine Polarisierung zwischen der SP und jeder der drei bürgerlichen Parteien. Insgesamt wächst die Differenz zwischen der SP als der wirtschaftsfeindlichsten und der FDP als der wirtschaftsfreundlichsten Partei von 0.85 (1989) auf 0.96 im Jahr 2002. Im Gegensatz dazu vollzieht sich innerhalb des bürgerlichen Lagers eine Annäherung der Positionen. Analog sind die Bewegungen bei sozialen Streitfragen. Auch hier bewegen sich die bürgerlichen Parteien von der SP weg und rücken gleichzeitig zusammen. Ein anderes Bild zeigt sich beim Superissue Ökologie: Sowohl zwischen den Bundesrats-

Graphik 2: Superissue Wirtschaft



Graphik 3: Superissue Soziales



Graphik 4: Superissue Ökologie

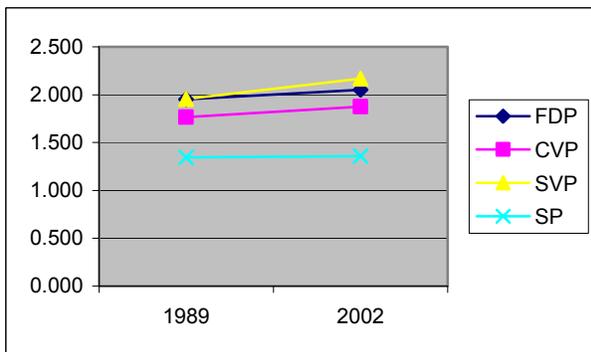


Tabelle 3: Superissuemittelwerte

	Wirtschaft		Soziales		Ökologie	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002
FDP	1.22	1.12	2.02	2.22	1.95	2.05
CVP	1.40	1.25	1.66	1.89	1.77	1.87
SVP	1.39	1.15	2.16	2.33	1.96	2.17
SP	2.07	2.08	1.20	1.19	1.34	1.36

parteien, als auch im bürgerlichen Lager können Divergenzbewegungen verzeichnet werden.

Allgemein können auch hier keine generellen Konvergenzerscheinungen konstatiert werden. Es zeigt sich hingegen, dass sich die Pole voneinander entfernen und sich im Falle der bürgerlichen Parteien keine einheitliche Tendenz beobachten lässt.

Die bisherigen Ergebnisse werden auch durch die Diskriminanzanalyse bestätigt. Das Ziel der Diskriminanzanalyse besteht darin, Faktoren zu berechnen, mit deren Hilfe «eine maximale Trennung bzw. Diskriminierung der verglichenen Stichproben zu erreichen ist» (Bortz 1993:559). Wird dabei der SP eine bürgerliche Bundesratspartei gegenübergestellt, so erhöht sich in allen drei möglichen Fällen die Korrelation zwischen der dichotom codierten Gruppenzugehörigkeit und den Diskriminanzfaktoren. Folglich lässt sich die SP 2002 besser als 1989 von allen drei bürgerlichen Bundesratsparteien unterscheiden. Als stärkste Variable erweist sich dabei das Superissue Soziales, das sein Gewicht über den beobachteten Zeitraum sogar noch verstärken kann. Lediglich bei der CVP dominiert das Superissue Wirtschaft knapp. Dies kann als sozialpolitische Nähe zwischen der CVP und der SP interpretiert werden. Die bei den Superissuemittelwerten beobachtete Konvergenztendenz zwischen der CVP und der FDP findet in der Diskriminanzanalyse ebenfalls eine Bestätigung. Spannend sind die Ergebnisse für den Fall der SVP. Analog zu den Ergebnissen bei den Superissuemittelwerten (Divergenz in Fragen der Wirtschaft

Tabelle 4: Diskriminanzanalyse Ideologie

	Issues				Faktoren			
	1989		2002		1989		2002	
	Korrelation	Chi ²						
<i>FDP vs. CVP</i>	52.5	249.6	50.1	197.4	49.5	231.2	46.6	174.1
<i>FDP vs. SVP</i>	38.3	99.5	43.1	140.6	32.5	74.5	22.0	35.5
<i>CVP vs. SVP</i>	59.3	229.8	61.5	271.6	53.8	192.5	55.9	223.4
<i>SP vs. SVP</i>	89.4	957.3	92.4	1249.5	85.4	817.3	91.3	1217.7
<i>SP vs. FDP</i>	88.3	1267.2	91.3	1359.8	85.5	1161.8	90.0	1317.7
<i>SP vs. CVP</i>	80.5	774.7	85.8	861.4	73.9	616.5	83.7	812.1

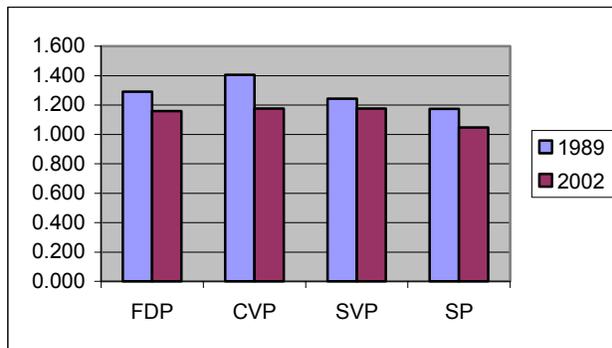
Bemerkung: Die **Korrelation** entspricht der einfachen Produkt-Moment-Korrelation zwischen der dichotom codierten Parteizugehörigkeit und den Diskriminanzfaktoren. Je höher die Korrelation ist, desto besser kann man die beiden Gruppen unterscheiden. **Chi-Quadrat** gibt den Wert der Chi-Quadrat-Prüfgrösse mit der Nullhypothese, dass die beiden Gruppen auf der Diskriminanzfunktion den gleichen Gruppenmittelwert haben, wieder (Diehl/Staufenbiel 2002:444-467).

und Ökologie sowie Konvergenz beim Superissue Soziales) lässt sich eine leichte Divergenz zwischen der CVP und der SVP feststellen. Trotzdem bleiben soziale Streitfragen das mit Abstand gewichtigste Unterscheidungsmerkmal. Wirtschaft und Ökologie haben nur einen marginalen Einfluss. Wird der SVP die FDP gegenüber gestellt, ergeben sich für die Diskriminanzanalyse mit den Issues bzw. den Faktoren zwei gegensätzliche Resultate. Das aussagekräftigere Ergebnis ist dabei die Diskriminanzanalyse mit den Issues, da die Superissues lediglich eine Aggregation der Issues darstellen. Der Unterschied zwischen den Analysen kann dadurch erklärt werden, dass (1) drei Issues, bei denen Divergenzerscheinungen auftreten, bei den Superissues nicht berücksichtigt werden und (2) gerade der Bereich Wirtschaft, 1989 noch mit dem grössten Diskriminanzfaktoren versehen, im Gegensatz zu den beiden anderen starke Konvergenzerscheinungen aufweist.

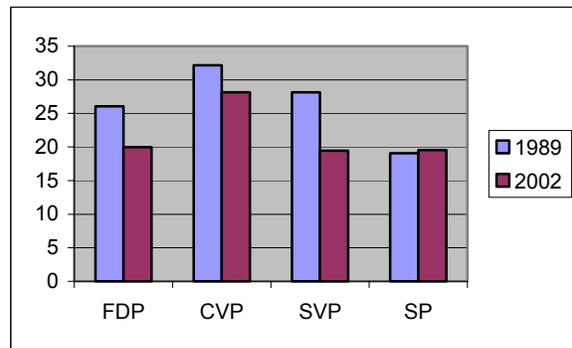
Zu einem anderen Ergebnis als die Trend- führt die Panelanalyse. Dort kann zwischen allen bürgerlichen Bundesratsparteien eine Konvergenz verzeichnet werden. Dieser Befund lässt sich zum Teil damit erklären, dass der Anteil der SVP-Lokalsektionen relativ zu den Lokalsektionen der anderen Bundesratsparteien in der 02er Erhebung massiv zunimmt. Diese Zunahme dürfte vor allem Lokalsektionen umfassen, die 1989 noch nicht existierten und darum im Panelsample nicht berücksichtigt werden können. Dies legt die Vermutung nahe, dass es sich bei diesen neuen Sektionen um vergleichsweise radikale handelt.

Eine alternative Möglichkeit, um die Thesen Kirchheimers zu untersuchen, ist die Messung der parteiinternen Geschlossenheit. Hierfür stehen u. a. folgende zwei Instrumente zur Verfügung: (1) die parteiinterne ideologische Heterogenität und (2) das parteiinterne Konfliktpotential. Kirchheimers Theorie lässt eine Zunahme der Heterogenität und Konfliktivität erwarten, da sich eine weniger klare ideologische Ausrichtung auch auf die in der Partei vertretene ideologische Breite bzw. das sachspezifische Konfliktpotential

Graphik 5: Heterogenität



Graphik 6: Konfliktivität



Bemerkung: Die **Heterogenität** der Parteien entspricht der Standardabweichung der Einteilungen der Lokalparteien auf der Links/Rechts-10er Skala lokal. Die **Konfliktivität** wird in einem mehrstufigen Verfahren berechnet. In einem ersten Schritt wird der relative Anteil der Lokalparteien einer Bundesratspartei, die einem Issue mehrheitlich zustimmen bestimmt. Anschliessend wird der absolute Betrag der Differenz zwischen der Zustimmungsrate und einer 50:50-Konstellation als Extremfall einer hoch konfliktiven Situation gebildet. «Die durchschnittliche Differenz von 50 subtrahiert, gibt Auskunft darüber, ob die Einstellung der Mitglieder mehrheitlich eindeutig (0 Prozentpunkte) oder mehrheitlich umstritten (50 Prozentpunkte) ist» (Ladner/Brändle 2001:291).

übertragen sollte. Wie jedoch den Graphen 5 und 6 zu entnehmen ist, ist gerade das Gegenteil der Fall. Sowohl die parteiinterne Heterogenität, als auch das parteiinterne Konfliktpotential nehmen über den beobachteten Zeitraum ab. Einzige Ausnahme bildet das Konfliktpotential innerhalb der SP, das im gleichen Zeitraum auf tiefem Niveau leicht zunimmt. Trotzdem bleibt die SP neben der SVP diejenige Partei, mit dem tiefsten parteiinternen Konfliktpotential.

Sowohl hinsichtlich der ideologischen Distanzen, als auch der parteiinternen Geschlossenheit können keine Anzeichen beobachtet werden, die sich als eine Bestätigung der Kirchheimer'schen Thesen interpretieren lassen. Bei den Links/Rechts-Skalen und bei den Issues nehmen die Distanzen zwischen den beiden Polen in der Regel zu¹⁸. Diese Ergebnisse werden auch durch die Diskriminanzanalyse bestätigt. Das gleiche Bild zeigt sich bei der parteiinternen Geschlossenheit. Auch hier kann die erwartete Abnahme der parteiinternen Geschlossenheit nicht verzeichnet werden. Auf Basis dieser Ergebnisse wird die erste Hypothese abgelehnt.

6.2 H2: Vier gesellschaftliche Spaltungen verlieren in der Schweizer Politik an Bedeutung

In der Argumentation Kirchheimers spielen die gesellschaftlichen Spaltungen eine zentrale Rolle. Die Milderung dieser Spaltungen bildet die notwendige Voraussetzung für die Entstehung einer catch-all party, denn nur aufgrund dieses Prozesses ist der Wandel der Massenintegrationspartei, die auf der Basis von

¹⁸ Dabei kann eine interessante Feststellung hinsichtlich der Gegenüberstellung der Links/Rechts-Skalen und den auf den Issues basierenden Messinstrumenten gemacht werden. Während letztere eher eine Bewegung aller bürgerlichen Parteien gegen rechts erwarten lassen, deuten die Links/Rechts-Skalen auf eine Bewegung der CVP und der FDP gegen die politische Mitte hin. Dementsprechend führt eine Analyse der Links/Rechts-Skala eher zu einer Überschätzung der Divergenztendenzen innerhalb des bürgerlichen Lagers.

gesellschaftlichen Strukturen entstanden war, zu einer Allerweltpartei möglich (Kirchheimer 1965:27). Wie für die Schweiz in Kapitel 3.2 dargestellt, gilt es vier verschiedene gesellschaftliche Spaltungen zu betrachten: (1) deutsche vs. lateinische Schweiz, (2) katholische vs. nicht-katholische Schweiz, (3) Land- vs. Stadt-/Agglomerationsgemeinden und (4) Kapital vs. Arbeit. Nachfolgend werden die Spaltungen einzeln diskutiert.

6.2.1 Deutsche vs. lateinische Schweiz

Tabelle 5 weist für die Spaltung deutsche vs. lateinische Schweiz einen durchschnittlichen Wert für den Polarisierungsindex von -0.31 aus, was als leichte Entpolarisierung gewertet werden kann. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass bei 10 von 17 Issues der Polarisierungsindex eine positive Ausprägung annimmt. Insofern können die Resultate der Tabelle 2 nicht abschliessend in eine klare Richtung beurteilt werden. Ebenfalls zu einem nicht stimmigen Ergebnis kommt die Analyse der Superissuemittelwerte (Tabelle 6). Hier zeigt sich für das Superissue Wirtschaft eine klare Entpolarisierung, während die Super-

Tabelle 5: Haltung der gesellschaftlichen Gruppierungen zu den 17 spezifischen Issues

Nr.	Issue	Sprache	Konfession	Urbanität	Klasse	
		Pol.-Index	Pol.-Index	Pol.-Index	Arbeiter	Einfluss
1	Förderung des Finanzplatzes (W)	-1.33	-4.05	0.41	-3.95	-2.15
2	Arbeitnehmereinfluss steigern (S)	1.34	-2.17	-3.91	-1.74	-----
3	Verringerung der Steuerbelastung (W)	-4.82	-4.46	-1.2	-2.05	16.02
4	Ausbau des Mieterschutzes (S)	0.54	-1.94	-0.51	-0.55	3.28
5	Umweltverträglichkeit von Entscheidungen (Ö)	-4.21	-1.03	-0.24	2.47	12.95
6	Umweltschutz nicht auf Kosten der Wirtschaft (Ö)	-7.55	-3.15	0.72	0.8	-2.85
7	Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie (Ö)	2.31	-0.09	-0.24	-6.57	5.65
8	Gleichstellung von Mann und Frau durchsetzen (S)	-0.71	1.25	-1.74	-0.19	-0.11
9	Dafür sorgen, dass der Staat nicht noch mehr reglementiert (W)	2.22	0.01	3.33	-3.27	-0.27
10	Gemeindesteuerfuss niedrig halten (W)	-1.24	-1.38	3.38	-2.54	7.18
11	Schutz des Landschaftsbildes durch strenge Bauvorschriften (-)	11.8	3.33	2.31	-0.96	7.74
12	Mehr tun für Asylanten (S)	1.71	-3.3	-0.12	1.99	9.74
13	Mehr öffentliche Unterstützung für Kultur (-)	5.26	-0.98	0.04	-0.99	10.38
14	Mehr öffentliche Unterstützung für Soziales (S)	2.37	-2.55	0.32	-7.61	6.48
15	Verkehrsberuhigung in den Quartieren (-)	2.27	2.62	0.65	-2.84	4.8
16	Mehr Unterstützung für den öffentlichen Verkehr (Ö)	0.7	1.38	0.28	-1.29	11.69
17	Förderung des Wirtschaftswachstums der Gemeinde (W)	-15.98	-10.91	-0.73	2.42	-3.97
Mittelwert:		-0.31	-1.61	0.16	-1.58	5.41

Bemerkung: Für die Berechnung des Polarisierungsindex vergleiche Tabelle 2. In Spalte 2 in Klammern die Zuordnung zu den Superissues: (W) = Wirtschaft, (S) = Soziales, (Ö) = Ökologie und (-) keine Zuteilung.

Tabelle 6: Superissuemittelwerte

	Wirtschaft			Soziales			Ökologie		
	1989	2002		1989	2002		1989	2002	
H2.1: Deutsche vs. lateinische Schweiz									
Deutsche Schweiz	1.58	1.44	Entpolarisierung	1.69	1.87	Polarisierung	1.69	1.81	Polarisierung
Lateinische Schweiz	1.46	1.42		1.55	1.70		1.69	1.72	
Differenz:	0.13**	0.02		0.14**	0.16**		0.00	0.10**	
H2.2: Katholiken vs. Nicht-Katholiken									
Wenige Katholiken	1.61	1.45	Entpolarisierung	1.74	1.88	Entpolarisierung	1.70	1.81	Polarisierung
Viele Katholiken	1.46	1.39		1.61	1.77		1.72	1.78	
Differenz:	0.14**	0.06*		0.13**	0.11**		0.02	0.03	
H2.3: Stadt-/Agglomerations- vs. Landgemeinden									
Landgemeinde	1.54	1.40	Polarisierung	1.73	1.90	Entpolarisierung	1.73	1.83	-----
Stadtgemeinde	1.60	1.49		1.57	1.75		1.65	1.74	
Differenz:	0.06*	0.09**		0.16**	0.14**		0.08**	0.08**	
H2.4: Arbeit vs. Kapital									
Wenige Arbeiter	1.56	1.47	Entpolarisierung	1.69	1.81	Entpolarisierung	1.69	1.75	Entpolarisierung
Viele Arbeiter	1.64	1.50		1.50	1.68		1.62	1.72	
Differenz:	0.08**	0.03		0.19**	0.13**		0.07**	0.03	
Viel Einfluss	1.87	1.80	Polarisierung	1.32	1.41	Polarisierung	1.46	1.47	Polarisierung
Wenig Einfluss	1.31	1.18		2.15	2.35		1.97	2.13	
Differenz:	0.56**	0.62**		0.83**	0.94**		0.51**	0.65**	

Bemerkung: Zur Bildung der Superissues vgl. Kapitel 6.1. ** signifikant auf dem zweiseitigen 1-Prozent-Niveau, * signifikant auf dem zweiseitigen 5-Prozent-Niveau.

issues Soziales (knapp) und Ökologie (klar) eine Polarisierung aufweisen. Im Fall des Superissues Wirtschaft können die Mittelwerte 1989 auf dem zweiseitigen 1-Prozent-Niveau noch signifikant voneinander unterschieden werden. 2002 ist die Differenz nicht mehr signifikant. Der umgekehrte Fall lässt sich für das Superissue Ökologie beobachten. Hier muss aber betont werden, dass aufgrund der Betrachtung der einzelnen Ökologie-Issues eher eine Entpolarisierung zu erwarten wäre. Zwar zeigen zwei der vier Issues (Nr. 7 und 16) in Richtung einer Polarisierung, aber die beiden Issues, die in Richtung einer Entpolarisierung weisen (Nr. 5 und 6), haben jeweils einen deutlich höheren Betrag für den Polarisierungsindex. Dieser Umstand kann damit erklärt werden, dass bei den beiden Issues, bei denen sich die Deutschschweizer 1989 als umweltfreundlicher erwiesen haben (Nr. 5 und 6), eine Entpolarisierung stattfand, während bei den beiden anderen Issues gerade eine Polarisierung stattfand. Das führt dazu, dass sich die vier Issues 2002 nicht mehr gegenseitig aufheben können, sondern neu klar in Richtung einer weniger umweltfreundlichen Deutschschweiz zeigen. Der Betrachter steht folglich vor dem Paradox, dass eine Annäherung der beiden Gruppen dazu führt, dass man auf aggregierter Ebene neu die Unterschiede feststellen kann.

Zu einem deutlicheren Ergebnis kommt die Diskriminanzanalyse. Hier resultiert für die Spaltung deutsche vs. lateinische Schweiz eine leichte Entpolarisierung. Dieses Ergebnis kann mit der unterschiedlichen Gewichtung der Superissues erklärt werden. Sowohl 1989, als auch 2002 erweisen sich Wirtschaft und Soziales als die gewichtigsten Diskriminanzfaktoren. Da das Superissue Wirtschaft eine starke Entpolari-

Tabelle 7: Diskriminanzanalyse Spaltungen

	Issues				Superissues				
	1989		2002		1989		2002		
	Korr.	Chi ²	Korr.	Chi ²	Korr.	Chi ²	Korr.	Chi ²	
Deutsche vs. lateinische Schweiz	44.8	381.2	36.2	239.1	23.8	103.4	19.4	67.1	
Katholiken vs. Nicht-Katholiken	42.3	239.6	31.3	128.0	30.8	128.3	20.0	52.8	
Stadt- vs. Landgemeinden	22.1	75.1	20.9	66.8	17.0	46.2	12.4	24.0	
Klasse	Anteil Arbeiter	28.0	118.8	26.4	73.0	15.5	37.3	11.4	13.6
	Einfluss Arbeiter	75.1	850.5	76.3	880.0	70.7	740.8	72.8	789.7

Bemerkung: Für eine Erklärung der Tabelle vgl. Bemerkungen zu Tabelle 4.

sierung erfährt, das Superissue Soziales jedoch nur eine leichte Polarisierung, entspricht das Ergebnis der Diskriminanzanalyse, eine geringe Entpolarisierung, den Erwartungen. Aufgrund dieser Auswertungen kann eine Entpolarisierung zwischen der deutschen und der lateinischen Schweiz konstatiert werden.

6.2.2 Katholische vs. nicht-katholische Schweiz

Für die Spaltung Konfession lassen sich in allen drei relevanten Tabellen klare Anzeichen für eine Entpolarisierung beobachten. So beträgt der Durchschnitt der Polarisierungsindizes (Tabelle 5) -1.61, was als deutliches Signal für eine Entpolarisierung gewertet werden kann. Bei den Superissuemittelwerten (Tabelle 6) kann für wirtschaftliche und soziale Streitfragen eine Entpolarisierung, für ökologische Streitfragen eine geringe Polarisierung beobachtet werden. Und auch die Diskriminanzanalyse (Tabelle 7) zeigt klar in Richtung einer Entpolarisierung.

6.2.3 Land- vs. Stadt-/Agglomerationsgemeinden

Bei der Spaltung Urbanität zeigt sich ein sehr ambivalentes Bild. Neun der 17 Ausprägungen des Polarisierungsindex deuten auf eine Polarisierung, acht auf eine Entpolarisierung (vgl. Tabelle 5). Elf der 17 Ausprägungen des Polarisierungsindex sind im Betrag kleiner eins. Der durchschnittliche Wert für den Index beläuft sich auf 0.16, d.h. im Durchschnitt vergrößert sich die Differenz zwischen den Zustimmung- bzw. Ablehnungsraten der beiden Gruppen über den Zeitraum um 0.16 Prozentpunkte. Der Vergleich der Superissuemittelwerte kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Während es in wirtschaftlichen Streitfragen zwischen den Stadt-/Agglomerations- und Landgemeinden zu einer leichten Polarisierung kommt (die Differenz ist 2002 neu auch auf dem zweiseitigen 1-Prozent-Niveau signifikant verschieden), kann bei sozialen Streitfragen eine geringe Entpolarisierung beobachtet werden. Keine Veränderung erfahren die ökologischen Streitfragen. Dieses «Unentschieden» ist analog zur Analyse der Ausprägungen des Polarisierungsindex nur schwer zu bewerten. Zum Ergebnis «Entpolarisierung» kommt hingegen die

Diskriminanzanalyse. Sie verzeichnet bei der Analyse mit den Issues eine geringe, bei der Analyse mit den Superissues eine deutliche Entpolarisierung. Dieses Resultat kann damit erklärt werden, dass für die Bildung der Superissues drei Issues weggelassen werden mussten, die eine Polarisierung aufweisen (Nr. 11, 13 und 15). Weiter erweist sich 1989 das Superissue Soziales als am gewichtigsten. Das ist zwar auch 2002 noch der Fall, doch nicht mehr in dem ausgeprägten Masse wie 1989. Nun ist es aber gerade das Superissue Soziales, das eine Entpolarisierung erfährt. Insofern ist es nicht überraschend, dass die Diskriminanzanalyse mit den Superissues eine stärkere Entpolarisierung als die Diskriminanzanalyse mit den Issues feststellt. Wie kann jedoch das Resultat der Diskriminanzanalyse mit den Issues erklärt werden? Sowohl 1989, als auch 2002 erfahren jeweils drei der vier gewichtigsten Issues eine Entpolarisierung (Entpolarisierung 1989: Nr. 3, 12 und 17; Polarisierung 1989: Nr. 10 – Entpolarisierung 2002: Nr. 2, 4 und 12; Polarisierung 2002: Nr. 11). Dementsprechend kann mit Hilfe der Diskriminanzanalyse eine Entpolarisierung festgestellt werden. In Anbetracht der durchwegs geringen Werte für den Polarisierungsindex (keine Ausprägung > 4), dem ambivalenten Ergebnis der Analyse der Superissuemittelwerte und dem knappen Resultat der Diskriminanzanalyse, wird die Spaltung Land- vs. Stadt-/Agglomerationsgemeinden als «keine Veränderung» bewertet.

6.2.4 Kapital vs. Arbeit

Die Spaltung Klasse wird auf zwei verschiedene Arten operationalisiert. Einerseits wird der Anteil Arbeiter bei den Aktiven einer Lokalpartei als Indikator für die Interessen der Arbeiterschaft verwendet, andererseits werden die Lokalparteien entlang dem Issue «Dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer mehr Einfluss erhalten» unterteilt. Erstere Operationalisierung approximiert somit den eigentlichen Willen der Arbeitnehmerschaft, während letztere den Willen derjenigen wiedergibt, die sich für die Arbeitnehmerschaft – jedoch entsprechend den eigenen Vorstellungen – einsetzen. Wie Tabelle 8 für das Jahr 2002 zeigt, sind diese beiden Sichtweisen der Spaltung Klasse bei weitem nicht identisch.

Tabelle 8: Vergleich der beiden Operationalisierungen für die Spaltung Klasse

	Anteil Arbeiter/innen			
	bis 15 Prozent	Über 15 Prozent	Total	
Erhöhung des Arbeitnehmer/inneneinflusses	Mehrheit zustimmend	516	102	618
	Meinungen geteilt	514	51	565
	Mehrheit ablehnend	218	13	231
	Total	1248	166	1414

Entsprechend beläuft sich der bivariate Korrelationskoeffizient für die Variablen «Anteil Arbeiter» und «Einfluss Arbeiter» auf -0.132. Unter Berücksichtigung der Codierung der beiden Variablen bedeutet das, dass zwischen dem Anteil Arbeiter bei den Aktiven (2 Kategorien) und einer arbeitnehmerfreundlichen Haltung einer Lokalpartei nur ein geringer positiver Zusammenhang besteht. Weiter zeigt sich auch, dass

innerhalb einer nationalen Partei diejenigen Lokalparteien mit vielen Arbeitern als Aktive nicht zwangsläufig auch diejenigen Lokalparteien sind, die sich am stärksten für eine Steigerung des Einflusses der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz einsetzen¹⁹. Insofern kann die Operationalisierung über die Variable Einfluss Arbeiter nicht als gleichwertig zur Operationalisierung über den Anteil Arbeiter betrachtet werden.

Was die Ergebnisse der Auswertungen anbelangt, führen die beiden Operationalisierungen zu vollkommen unterschiedlichen Resultaten. Wird die Spaltung Kapital vs. Arbeit mit Hilfe des Anteils Arbeiter approximiert, beläuft sich der durchschnittliche Wert für den Polarisierungsindex (Tabelle 5) auf -1.58. Gerade vier von 17 Issues weisen eine Polarisierung auf. Ähnlich deutlich ist das Resultat beim Vergleich der Superissuemittelwerte (Tabelle 6). Bei allen drei Politikbereichen lässt sich eine Entpolarisierung beobachten. Bei den Superissues Wirtschaft und Ökologie sind die Differenzen 2002 neu nicht mehr signifikant voneinander verschieden. Bestätigt werden diese Ergebnisse auch durch die Diskriminanzanalyse (Tabelle 7).

Noch deutlicher sind die Resultate, wenn man die Spaltung Klasse mit Hilfe des Issues «Dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer mehr Einfluss erhalten» operationalisiert. Hier beläuft sich der Durchschnitt für den Polarisierungsindex auf den – im Rahmen dieser Studie – Rekordwert von 5.41 (Tabelle 5). Bei den Superissuemittelwerten erhöht sich die Differenz jeweils um 0.06 (Wirtschaft) bzw. 0.11 (Soziales und Ökologie). Dabei gilt es besonders hervorzuheben, dass selbst die geringste Differenz (0.51 Ökologie 1989), noch dreimal grösser ist, als die grösste Differenz bei den anderen drei Spaltungen. Analog zu diesen Ergebnissen sind auch die Resultate der Diskriminanzanalyse. Auch hier kann eine Polarisierung beobachtet werden.

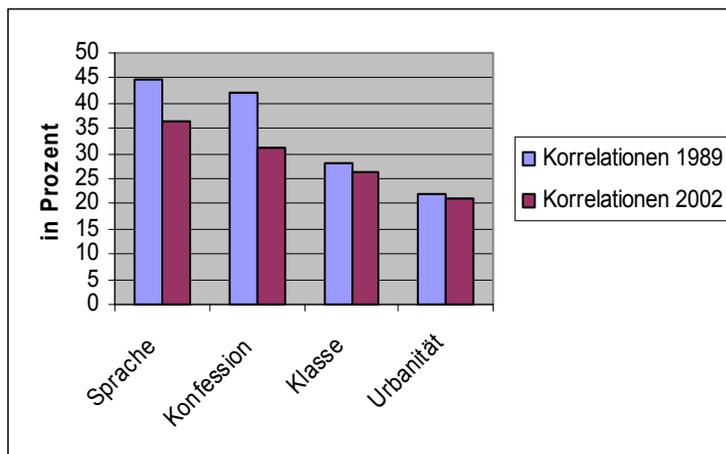
Zusammenfassend zeigt sich, dass die gesellschaftlichen Spaltungen eher an Bedeutung verlieren. Die Spaltungen Konfession und Klasse (operationalisiert über den Anteil Arbeiter) weisen klare Entpolarisierungserscheinungen auf. Die Spaltung Sprache kann ebenfalls in Richtung Entpolarisierung interpretiert werden, während die Bedeutung der Spaltung Urbanität vergleichsweise konstant geblieben ist. Einzig die in dieser Untersuchung verwendete alternative Konstruktion der Spaltung Klasse (operationalisiert über den gewünschten Einfluss der Arbeiter) erfährt Polarisierungstendenzen. Wie aber bereits weiter oben angedeutet wurde, ist diese Form der Operationalisierung der Spaltung Klasse nicht als gleichwertig zur Operationalisierung über den Anteil Arbeiter bei den Aktiven zu bewerten.

¹⁹ Die einzigen Ausnahmen sind die CVP und die CSP. Hier kann jeweils eine starke Korrelation zwischen dem Anteil Arbeiter und der Zustimmung zur Steigerung des Arbeitnehmereinflusses beobachtet werden.

7. Diskussion und Schlussfolgerungen

Ausgangspunkt dieser Studie ist die Fragestellung: «Wandeln sich die Schweizer Bundesratsparteien von ‚Weltanschauungsparteien‘ zu *Allerweltparteien*, den so genannten *catch-all parties* in der Kirchheimer’schen Terminologie?» Wie in Kapitel 3.1.2 dargelegt wird, lässt sich das Theoriemodell auf die Schweiz anwenden. Auch was die andere Bedingung, die Auflösung der gesellschaftlichen Spaltungen, anbelangt, sind die Voraussetzungen für ein Aufkommen von *Allerweltparteien* gegeben. In Kapitel 6.2 wird gezeigt, dass die Spaltungen Arbeit, Konfession und Sprache eine Entpolarisierung erfahren und an Bedeutung verlieren. Einzig bei der Spaltung Urbanität können keine Auflösungserscheinungen konstatiert werden. Hier scheint die Bedeutung insgesamt keine Veränderung erfahren zu haben. Relativierend muss aber angefügt werden, dass sich die Spaltung Urbanität als diejenige Spaltung erweist, die zu den geringsten Unterschieden zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen führt.

Graphik 7: Korrelationen aus der Diskriminanzfunktion mit den Issues (vgl. Tabelle 7)



Analog zu den Ergebnissen von Alexandre Trechsel (1995:32) erweist sich die Spaltung Sprache vor Konfession, Klasse und Urbanität als stärkstes Unterscheidungsmerkmal. Nicht bestätigt werden kann indessen die von Trechsel (ebd:43) beobachtete Zunahme der Bedeutung der Spaltung Sprache. Anscheinend haben die Differenzen zwischen den einzelnen

Sprachgruppen anfangs der neunziger Jahre ihren Zenit überschritten und nehmen seither wieder ab. Interessanterweise erweist sich damit ausgerechnet jene gesellschaftliche Spaltung als am virulentesten, die als einzige der vier nicht als Grundlage für die Orientierung der Bundesratsparteien verwendet wird. Bestätigt werden kann hingegen der zunehmende Bedeutungsverlust der Spaltungen Konfession (ebd:32) und Urbanität (ebd:53). Bei der Spaltung Klasse zeigt sich ebenfalls eine Abnahme der Bedeutung. Damit erfährt die Aussage Arend Lijpharts aus den 80er Jahren eine weitere Bestätigung: «*Social class is nearly no more than a secondary and subsidiary influence on party choice and it can become a factor of importance only in the absence of potent rivals such as religion and language*» (Lijphart 1980:320).

Wie weiter oben dargelegt wird, sind alle Voraussetzungen für eine Bestätigung der Hypothese 1 gegeben. Ein Bedeutungsverlust der Ideologie im schweizerischen Parteiensystem kann jedoch nicht nachgewiesen werden. Wie in Kapitel 6.1 dargelegt wird, befinden sich die Schweizer Parteien eher in einer Phase der Reideologisierung. Die Analyse der 17 spezifischen Issues deutet darauf hin, dass sich die Bundesratspar-

teien in einer Phase der Verstärkung ihrer eigenen parteipolitischen Positionen befinden. Einzig die SP scheint sich ideologisch nicht stark verändert zu haben. Die Polarisierung zwischen der linken Bundesratspartei und den drei bürgerlichen Bundesratsparteien kommt in erster Linie dadurch zustande, dass sich alle drei bürgerlichen Bundesratsparteien in Richtung «mehr Wirtschaft», «weniger Soziales» und «weniger Ökologie» bewegen.

Innerhalb des bürgerlichen Lagers zeigt sich hingegen ein ambivalentes Bild. Während die Annäherung zwischen der CVP und der FDP bestätigt werden kann, zeigt sich weiter, dass diese oben beschriebenen Transitionen der bürgerlichen Parteien bei der SVP am ausgeprägtesten stattfinden. So erweist sich die SVP 2002 als diejenige Partei, welche in ökologischen und sozialen Streitfragen am meisten eine ablehnende Haltung einnimmt. In Wirtschaftsfragen bleibt zwar die FDP Meinungsführerin, doch der «Vorsprung» auf die SVP ist von 0.17 auf 0.03 geschrumpft (vgl. Tabelle 3). Trotzdem muss dem Konzept der Tripolarität eine Absage erteilt werden, da sich die sachpolitische Nähe der FDP mit der SVP noch immer als grösser erweist, als zwischen der FDP und der CVP (vgl. Tabelle 4).

Letzten Endes lässt sich mit Schmidt (1989:175-176) festhalten, dass auch die Parteien in der Schweiz auf ihrem Weg zur Allerweltpartei auf halbem Weg stehen geblieben sind. Zwar haben auch sie sich, zumindest was die thematische Ausrichtung und die Mitgliederstruktur anbelangt, einander angenähert, jedoch führte diese Annäherung nie zu einer Angleichung der Parteien, so dass das Prädikat Allerweltpartei gerechtfertigt gewesen wäre. Im Gegenteil: In den letzten Jahren lässt sich – wie im Kapitel 6 dargelegt wird – eine Polarisierung beobachten.

Diese Ergebnisse geben weiter Anlass zur Vermutung, dass Kirchheimer die Beständigkeit der gesellschaftlichen Spaltungen unterschätzt hat. Er prognostiziert den Bedeutungsverlust der Spaltungen zu seiner Zeit zwar korrekt (die «alten» Spannungen verlieren tatsächlich an Bedeutung), erliegt bei der Einschätzung der Anpassungsfähigkeit der Spaltungen an den modernen Kontext jedoch einer Fehleinschätzung. Zu einer analogen Beobachtung der Anpassungsfähigkeit dieser Spaltungen kommt auch Hanspeter Kriesi (1993:48) im Zusammenhang mit dem Konfessionskonflikt: *«Today, the crucial religious cleavage no longer opposes protestants to catholics, but the strongly affiliated to those who are weakly or not at all affiliated to a church.»* Auch bei der Spaltung Klasse zeigen sich Polarisierungstendenzen nicht etwa zwischen den Lokalparteien mit wenigen bzw. vielen Arbeitern, sondern zwischen denjenigen Lokalparteien, die sich für vermehrten Arbeitnehmereinfluss einsetzen bzw. nicht einsetzen (vgl. Kapitel 6.2). Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die neuen gesellschaftlichen Spaltungen, so beispielsweise zwischen den materialistisch und den postmaterialistisch gesinnten Bevölkerungsgruppen. Insofern konnte es innerhalb des theoretischen Konstrukts Kirchheimers nie zur zweiten Phase – die Herausbildung von ideologiearmen catch-all parties – kommen, weil die erste Phase – der Bedeutungsverlust der gesellschaftlichen Spaltungen – sich nie in dem notwendigen Mass vollzogen hat.

8. Literaturverzeichnis

- Beyme, Klaus von** (2000): *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bortz, Jürgen** (1993): *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Berlin/Heidelberg: Springer. 4. Auflage.
- Diehl, Joerg M., Staufenbiel, Thomas** (2002): *Statistik mit SPSS Version 10+11*. Eschborn: Dietmar Klotz.
- Diekmann, Andreas** (2000): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek: Rowolth.
- Dittrich, Karl** (1983): *Testing the Catch-all Thesis: Some Difficulties and Possibilities*. In: Daalder, Hans, Mair, Peter (ed.): *Western European Party Systems*. London: Sage. pp.257-266.
- Downs, Anthony** (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Geser, Hans, Ladner, Andreas, Schaller, Roland, Ballmer-Cao, Thanh-Huyen** (1994): *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo
- Geser, Hans** (1994): *Die kommunalen Parteien der Schweiz als Gegenstand der soziologischen Analyse*. In: Geser, Hans et al. (Hrsg.): *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo.
- Geser, Hans** (2003): *Sind Gemeindeangelegenheiten «politisch»?* Soziologisches Institut der Universität Zürich. URL: http://socio.ch/par/ges_04.html
- Gruner, Erich** (1968): *Die Parteien in der Schweiz*. Bern: Francke.
- Gruner, Erich** (1976): *Die Parteien in der Schweiz*. Bern: Francke. 2. Auflage.
- Hertig, Hans Peter** (1983): *Sachentscheide im modernen Dienstleistungsstaat*. In: Gruner, Erich, Hertig, Hans Peter (Hrsg.): *Der Stimmbürger und die «neue» Politik. Wie reagiert die Politik auf die Beschleunigung der Zeitgeschichte?* Bern: Haupt.
- Imhof, Kurt** (1996): *Eine Symbiose: Soziale Bewegungen und Medien*. In: Imhof, Kurt, Schulz, Peter (Hrsg.): *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Zürich: Seismo. S. 165-186.
- Katz, Richard S., Mair, Peter** (1990): *Three Faces of Party Organization: Adaption and Change*. The European Policy Research Unit EPRU Working Papers.
- Kirchheimer, Otto** (1965): *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 6. Jg., Heft 1, S. 20-41.
- Klöti, Ulrich, Linder, Wolf** (1998): *Vergleichende Perspektiven*. In: Kriesi, Hanspeter, Linder, Wolf, Klöti, Ulrich (Hrsg.): *Schweizer Wahlen 1998*. Bern: Haupt.
- Kriesi, Hanspeter** (1993): *Political Mobilization and Social Change. The Dutch Case in Comparative Perspective*. Aldershot: Avebury.
- Ladner, Andreas, Brändle, Michael** (2001): *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?* Zürich: Seismo.

- Ladner, Andreas** (1991): *Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz*. Zürich: Seismo.
- Ladner, Andreas** (1999): *Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien*. In: Klöti, Ulrich et. al. (Hg.). *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich: NZZ. S. 213-260.
- Ladner, Andreas** (2001): *Swiss Political Parties: Between Persistence and Change*. In: Lane, Jan-Erik (ed.): *The Swiss Labyrinth. Institutions, Outcomes and Redesign*. London: Frank Cass. pp. 123-146.
- Ladner, Andreas** (2002): Skript zur Vorlesung «Politische Ideen und ihre Träger». Wintersemester 2002/03, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
- Lijphart, Arend** (1980): *Language, Religion, Class and Party Choice: Belgium, Canada, Switzerland and South Africa Compared*. In: Rose, Richard (ed.): *Electoral Participation. A comparative Analysis*. Beverly Hills/London: Sage. pp. 283-327.
- Linder, Wolf** (1999): *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Lipset, Seymour Martin, Rokkan, Stein** (1990): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments*. In: Mair, Peter (ed.): *The West European Party System*. Oxford: Oxford University Press. pp. 91-138. Abridged from Lipset, Seymour Martin, Rokkan, Stein (ed.). *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. The Free Press. pp. 1-64.
- Longchamp, Claude et al.** (1995): *Hin zur Tripolarität im Parteiensystem der Schweiz. Eine Erstanalyse der Nationalratswahlen vom 22. Oktober 1995*. Bern: Gfs-Forschungsinstitut.
- Mair, Peter** (1999): *Veränderungen in den Wählermärkten: Herausforderungen für die Parteien und deren Antworten*. In: Mair, Peter, Wolfgang C. Müller, Plasser, Fritz (Hrsg.): *Parteien auf komplexen Wählermärkten: Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa*. Wien: Signum. S. 11-29.
- Mintzel, Alf** (1984): *Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Nabholz, Ruth** (1998): *Das Wählerverhalten in der Schweiz: Stabilität oder Wandel? Eine Trendanalyse von 1971-1995*. In: Kriesi, Hanspeter, Linder, Wolf, Klöti, Ulrich (Hrsg.): *Schweizer Wahlen 1995*. Bern: Haupt. S. 17-44.
- Rose, Richard, Urwin, Derek W.** (1970): *Persistence and Change in Western Party System since 1945*. In: *Political Studies*, 18, 3, S. 287-319.
- Sartori, Giovanni** (1990): *A Typology of Party Systems*. In: Mair, Peter (ed.): *The West European Party System*. Oxford: Oxford University Press. pp. 316-349. Excerpted from *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*, Vol. 1, Chapters 5, 6, and 9 (Cambridge University Press, 1976).
- Schaller, Roland** (1994): *Die politischen Orientierungen der Lokalparteien*. In: Geser, Hans et al. (Hrsg.): *Die Schweizer Lokalparteien*. Seismo: Zürich.
- Schmidt, Manfred G.** (1985): *Allerweltparteien in Westeuropa? Ein Beitrag zu Kirchheimers These vom Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*. In: *Leviathan*, Jg. 13, H. 3, S. 376-397.

Schmidt, Manfred G. (1989): «*Allerweltparteien*» und «*Verfall der Opposition*» - Ein Beitrag zu Kirchheimers Analysen westeuropäischer Parteiensysteme. In: Luthardt, Wolfgang; Söllner, Alfons (Hrsg.): Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 173-181.

Schmidt, Manfred G. (1995): *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner.

Schmidt, Manfred G. (2000): *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Opladen: Leske + Budrich. 3. Auflage.

Senti, Martin (05.07.2001): *Stabilität und Wandel im Parteiensystem. Wissenswertes über die Schweizer Parteien*. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 153, 222. Jg., S.15.

Senti, Martin (19.04.2003): *Wahlen 2003. Wählermarkt und traditionelle Konfliktlinien*. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 91, 224. Jg., S.13.

Trechsel, Alexandre (1995): *Clivages en Suisse. Analyse des impacts relatifs des clivages sur l'électorat suisse lors des élections fédérales. Etudes et Recherches*. Département de Science Politique, Université de Genève. Nr. 31.

Vatter, Adrian (2002): *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen: Leske + Budrich.

VOX, diverse Jahrgänge: *Analysen der eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen*. Bern/Zürich/Genève: Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern, Forschungsstelle für politische Wissenschaft der Universität Zürich, Département de science politique, Université Genève.

Wolinetz, Steven B. (1990): *The Transformation of Western European Party Systems*. In: Mair, Peter (ed.): *The West European Party System*. Oxford: Oxford University Press. pp. 218-231. From «The Transformation of Western European Party Systems Revisited», reprinted from the second issue of *West European Politics*.